

Der Staatshaushalt vor dem Volkstag

Stellungnahme zur nationalsozialistischen Finanzpolitik

Einzelheiten aus den Etats

Die Forderung nach Neuwahlen

DANZIGER

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6, Fernsprechanschl. der Geschäftsleitung 287 09. Schriftleitung 215 80. Bezugspreis monatl. 3.— G., wöchentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,80 Goldmark; durch die Post 8.— G.— monatl.; für Kommerellen 5.—. Klein-Anzeigen: 1 mm 0,18 G.; Reklamen: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,18 x 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang

Dienstag, den 31. März 1936

Nr. 77

Stellungnahme zur nationalsozialistischen Finanzpolitik / Was aus den Etats hervorgeht

Der Staatshaushalt vor dem Volkstag

Der Danziger Volkstag hat in seiner gestrigen Sitzung nunmehr die Staatshaushaltspläne für 1935 verabschiedet, also genau einen Tag vor Ablauf des alten Haushaltsjahres, in einer Zeit, die eigentlich bereits mit den Beratungen über die Haushaltspläne für 1936 ausgefüllt sein müßte. Es handelt sich um die erste Etatsberatung seit dem Bestehen des nationalsozialistischen Senats überhaupt, denn in den letzten Jahren hatte man überhaupt darauf verzichtet, dem Volkstag die Einzel-Etats zu unterbreiten.

Augenscheinlich hatten die Nationalsozialisten, die über ihre schwache Position bei der Verteidigung der Finanzgebarung des Senats wohl im klaren waren, beabsichtigt, durch irgend welche Demonstrationen, die mit den Volkstagsberatungen in keinem inneren Zusammenhang standen, den wahren Sinn des gestrigen Tages zu verwischen. Sie haben aber mit dieser Methode keinen Eindruck erzielt; auch die immer wiederkehrenden Hinweise auf das Ergebnis der Abstimmung über die nationalsozialistische Liste zum deutschen Reichstag verheißt ihren Zweck nicht. Die Nationalsozialisten wollten damit zwar ihre Stärke dokumentieren, sie mühten sich aber sehr bald die Wirkungslosigkeit ihres Beginns einsehen, weil an diese Stärke niemand glauben kann, wenn sich die Nationalsozialisten im gleichen Augenblick gegen die vom Volk verlangte Neuwahl des Volkstages wehren. Alle Demonstrationen mußten schließlich aber auch zerschellen an der Wirkung, die von den nüchternen Zahlen ausgingen, die gestern die Redner der Opposition anführten, um die Finanzpolitik des Senats zu illustrieren.

Der Redner der Sozialdemokratie, Arthur Brill, führte solche Zahlen in großer Fülle an, um zu beweisen, daß die Ersparnis-Maßnahmen des Senats, die von dem Finanzsenator Hoppenrath in der November-Sitzung des Volkstages verkündet wurden und mit denen die Nationalsozialisten heute ihre Agitation zu befeuern versuchen, noch nicht einmal ausgereicht haben, um den Behörden-Aufbau und die Mehrausgaben wieder abzubauen, die der nationalsozialistische Senat nach seiner Machtergreifung betrieben hat. Er wies auf die Schaffung neuer Ämter, auf jene neuen Einrichtungen hin, die den Staat viel Geld gekostet haben, um, wie die Landbesitzer, dann wieder abgekauft zu werden. Er führte die Steigerung der Ausgaben für Repräsentationen, für die Anschaffung von Autos an, er beleuchtete eingehend die Experimente, die man mit dem Staatstheater-Neubau machte und wies zum Schluß nach, wie viele Millionen Gulden hätten gespart werden können, wenn man auf solche Einrichtungen von vornherein verzichtet hätte. Nicht zuletzt wies er auf die Schuldbelastungen hin, die der nationalsozialistische Senat neu eingegangen ist.

Auch die übrigen Redner der Opposition leisteten wertvolle Beiträge zur Illustration der nationalsozialistischen Finanzpolitik. In allen Reden der oppositionellen Redner führte die Forderung nach Neuwahlen wieder, die, im Grunde genommen, den besten Kommentar zu der Etatgestaltung des nationalsozialistischen Senats darstellt.

Die Senatoren Baker und Hoppenrath hatten gestern die Verteidigung des Finanzpolitik des Senats übernommen. Herr Hoppenrath tat dies bei seinen Ausführungen in sehr allgemeiner Form. Statt der Etatszahlen führte auch er die Zahlen der deutschen Reichstagsabstimmung an, vielleicht weil er davon eine größere Wirkung erwartete.

Ein besonderes Kapitel bilden die Ausführungen des nationalsozialistischen Fraktionsredners, des Abg. Temp aus Poppel. Er sprach, einfach nach altem Rezept, der gesamten Opposition das Deutschum ab. Als besondere Attraktion hatte er sich eine sogenannte Führer-Ehrung ausgedacht, die er am Schluß seiner Rede ausbrachte, und in die die Nationalsozialisten möglichst laut einstimmten, während die oppositionellen Abgeordneten auf ihren Plätzen verkehrten. Beabsichtigt war damit zweifellos wieder einmal eine Diffamierung der Opposition, die aber mißlingen mußte, weil heute bereits jeder Danziger parteipolitische Propaganda und nationale Kundgebungen sehr wohl voneinander zu unterscheiden weiß. Der Eindruck dieser Demonstration litt auch stark unter dem Verhalten, das die Nationalsozialisten während des Verlaufes der übrigen Sitzung an den Tag legten. Sie machten reichlich dumme Zwischenrufe, lärmten, krächten, wenn ein Deutschnationaler sprach, und versuchten zu lächeln. Ein Zeichen dafür, wie überflüssig sie sich im Grunde während ernster Beratungen vorzunehmen scheinen.

Die nationalsozialistische Mehrheit hat gestern zum Schluß der Sitzung den Etat zugestimmt. Auch diese Zustimmung war eigentlich bedeutungslos, weil es sich ja nur noch um eine nachträgliche Sanktionierung der vom Senat bereits getroffenen Maßnahmen handelte. Auch über die darin zum Ausdruck kommende geringe Bemertung der Mitarbeit der vom Volk gewählten Abgeordneten an der Staatsführung

sind gestern von der Opposition sehr deutliche Worte gesprochen worden. In diesem Zusammenhang wurde mit großem Nachdruck auf den wahren Sinn der demokratischen Danziger Verfassung hingewiesen, der nicht schon durch die Erfüllung von Formalien gewahrt werden kann, sondern

Die Sozialdemokratie zur Finanzpolitik

Abgeordneter Arthur Brill

führte gestern im Volkstag aus:

Am 11. März 1931 hat Herr Dr. Hoppenrath, der auch zu jener Zeit, in der Zichm-Regierung, Finanzsenator war, in seiner damaligen Etat-Rede erklärt:

„Wohl zum erstenmal seit dem Bestehen des Freistaates wird es möglich sein, daß der Etat rechtzeitig, d. h. vor dem 31. März 1931, verabschiedet wird. Das konnte nur erreicht werden durch die Mitarbeit der Mitglieder dieses hohen Hauses im Hauptausschuß, die in verantwortungsbewußter, unermüdblicher Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen die Durchberatung in so kurzer Zeit ermöglichten.“

Herr Hoppenrath, der damals also gewissermaßen einen Rekord der Frühzeitigkeit der Vorlage der Etats aufgestellt hat, hat nunmehr auch den Rekord in der Hinauszögerung der Etatsberatungen aufgestellt. Er hat die wichtigsten Etats ausgerechnet so spät dem Hause zugeleitet, daß sie erst heute, am vorletzten Tage vor Ablauf des Etatsjahres, verabschiedet werden können. Ja, er hat seit 2 1/2 Jahren überhaupt erst wieder zum erstenmal dem Volkstage Etats zugehen lassen, denn solange die nationalsozialistische Regierung über Danzig herrscht, hat sie es, trotz wiederholten Erinnerungen und Anfragen, bisher überhaupt unterlassen, eine eingehende Darstellung ihrer Finanzgebarung den gewählten Vertretern des Volkes zu geben. Für die nächste Zukunft wollen wir jedoch die Erwartung aussprechen, daß der Senat den Bestimmungen der Verfassung genügen und mit Beschleunigung die Haushaltspläne für das am 1. April beginnende neue Haushaltsjahr vorlegen möge.

Herr Senator Hoppenrath hat seine Etat-Rede für das Haushaltsjahr 1935 allerdings schon im November 1935 gehalten, aber diese Rede war eigentlich gar keine Etat-Rede, sondern eine propagandistische Polemik gegen die in Opposition zum Nationalsozialismus stehende Bevölkerung der Freien Stadt, und zweitens ist die nationalsozialistische Mehrheit dieses Hauses so höflich gegen Herrn Senator Hoppenrath gewesen, daß sie seit jener Rede vier Monate verstreichen ließ, ohne den Vertretern der Oppositionsparteien Gelegenheit zu geben,

die Behauptungen in der Rede des Herrn Finanzsenators ins rechte Licht zu rücken.

Eine ganze Reihe von jenen Behauptungen sind durch die Zahlen in den einzelnen Haushaltsplänen inzwischen berichtigt worden. Was die Polemik des Herrn Finanzsenators gegen die nationalsozialistische Mehrheit der Danziger Bevölkerung betrifft, so kann Herr Senator Hoppenrath versichert sein, daß die Kritik dieser Bevölkerung an seinen Darlegungen ohne unser Zutun mit einer solchen Schärfe von Mund zu Mund gegangen ist, wie wir sie hier überhaupt nicht zum Ausdruck bringen könnten. Das trifft besonders für den Teil seiner Rede zu, in dem er sich mit der Tätigkeit der früheren Regierungen in moralisch herabsenkenden Worten beschäftigte. Die Bevölkerung weiß sehr wohl, welchen hervorragenden Einfluß Herr Hoppenrath auf die Politik und Finanzgebarung eines Teiles jener Regierungen selbst gehabt hat. Bei der Lesart seiner letzten Etat-Rede hat sich der Bevölkerung immer wieder die Erinnerung an jene bitteren Worte aufgedrängt, die der nationalsozialistische Führer über die 110prozentig gleichgeschalteten ausgesprochen haben.

Bei einer solchen einseitigen Stellungnahme der Danziger Bevölkerung gegen die Form, den Ton und den Inhalt eines großen Teiles der Darlegungen des Herrn Finanzsenators erscheint es uns überflüssig, sich heute noch eingehend mit jener Rede zu beschäftigen. Um so wichtiger aber wird es sein, sich mit der Finanzpolitik des Herrn Finanzsenators und des nationalsozialistischen Senats auseinanderzusetzen. Wir möchten das aber nicht tun, ohne noch einmal Verapung einzulegen gegen die sich auf 2 1/2 Jahre erstreckende Verschleppung der Vorlage der Staatshaushaltspläne, die auch für das letzte Jahr durch die Schwierigkeiten, die die Guldenabwertung für die Anstellung der Etats mit sich brachte, nicht allein erklärt werden kann. Die wichtigsten Etats, die der Allgemeinen Finanzverwaltung, der Allgemeinen Verwaltung, der Abteilungen Soziales und Schulen, sind erst am Tage der ersten Lesung den Abgeordneten überreicht worden. Es ist ihnen

nur durch die Durchdringung des gesamten staatlichen und parlamentarischen Lebens mit dem Geist der Demokratie garantiert wird. Einen solchen Volkstag ins Leben zu rufen, wird die Aufgabe des Volkes sein, wenn es endlich Gelegenheit haben wird, zur Wahlurne zu gehen.

also überhaupt nicht möglich gewesen, sich für die Ausschüßberatungen eingehend genug vorzubereiten. Vor allem aber muß auf den protesten Zustand hingewiesen werden, daß die vom Volk gewählten Abgeordneten, deren ältestes und wichtigstes Recht die Mitarbeit an der Etat-Gestaltung ist,

die Möglichkeit zu einer Stellungnahme an den Etat erst erhielten, nachdem praktisch alle Einnahmen und Ausgaben, die in den Etats ziffernmäßig erscheinen, „autoritär“ bereits vom Senat gefällig worden sind.

Dieser Zustand kennzeichnet wohl am besten die Auffassungen der Nationalsozialisten über die Mitarbeit des Parlaments an der Staatsführung. Die dadurch geschaffene Lage macht es den Abgeordneten auch unmöglich, zu den Etats Anträge zu stellen, d. h. Vorschläge für eine zweckmäßigere Etatsgestaltung zu machen. Und damit haben die Beratungen, die der Volkstag jetzt vorzunehmen hat, eigentlich ihren wichtigsten verfassungsmäßigen Sinn eingebüßt.

Herr Finanzsenator Hoppenrath hat in seiner Rede vom 27. November den größten Wert auf die Behauptung gelegt, daß der nationalsozialistische Senat besonders sparsam wirtschaftet habe, und daß er viele Sünden, die angeblich frühere Regierungen auf sich geladen haben sollen, wieder aufgemacht habe. Man kann hierzu von vornherein feststellen, daß diese Behauptungen durch die Tatsachen leicht widerlegt werden können. Die Zahlen, die die einzelnen Haushaltspläne enthalten, liefern für diese Behauptung das beste Material.

Nach den Erklärungen des Herrn Finanzsenators sollen vom nationalsozialistischen Senat beim Etat insgesamt 505 Beamte, 141 Angestellte und 178 Arbeiter, zusammen also 824 Personen, abgebaut und damit 3 036 000 Gulden eingespart worden sein. Während der Beratungen im Ausschüß wurde diese angeblich eingesparte Summe bereits dadurch korrigiert, daß von Regierungsseite erklärt wurde, es seien nur 1,5 bis 1,8 Millionen eingespart worden. Herr Senator Hoppenrath hat in seiner Rede vor dem Volkstag aber noch unter vielem Beifall der Nationalsozialisten Einzelangaben darüber gemacht, wie groß die Ersparnisse hinsichtlich der Zahl der Beamten und hinsichtlich der ersparten Summen bei den einzelnen Verwaltungen sein sollen. Es sollten an Personalkosten 1935 angeblich eingespart worden sein:

Bei der Zollverwaltung 319 000 Gulden — der Etat spricht aber nur von 60 340 Gulden Ersparnis. Nach den Angaben des Finanzsenators sollen bei der Justizverwaltung an Personalkosten 660 000 Gulden bei der Polizei 824 000 Gulden eingespart worden sein. Der Etat ergibt aber bei der Justizverwaltung nur eine Ersparnis von 333 380 Gulden und bei der Polizei gegenüber 1934 sogar eine Mehrausgabe von 146 370 Gulden. — Wie der Herr Finanzsenator zu seinen Angaben gekommen ist, ist beim besten Willen nicht ersichtlich. Es ist aber nun vielleicht erklärlich, weshalb die Vorlage der Etats so zögernd und die Beratung so überflüssig vor sich ging. Es ist nun auch erklärlich, weshalb die Aussprache über die Etats-Rede des Herrn Finanzsenators erst vier volle Monate später zugelassen wurde.

Ob ein Abbau an Personal und eine Ersparnis an persönlichen Verwaltungskosten eingetreten ist, und welches Maß diese erreicht hat, kann man nur an Hand eines Vergleichs mit der Zeit vor der Machtergreifung des nationalsozialistischen Senats, also vor 1933, feststellen. Es wurden im Jahre 1933 an Ausgaben veranschlagt: Für Beamte 2 263 330 Gulden, für Angestellte 4 756 820 Gulden, für Arbeiter 2 507 820 Gulden, zusammen 9 527 970 Gulden. — Im Jahre 1932 wurden ausgeben: Für Beamte 3 306 091 Gulden, für Angestellte 3 706 905 Gulden, für Arbeiter 1 849 182 Gulden, zusammen 8 862 178 Gulden.

Darüber wurden 1935 1 665 792 Gulden an Personalkosten mehr benötigt als 1932 ausgegeben wurde.

Wenn man hier entgegenhalten will, daß diese Mehrausgabe durch eine infolge des Höherrückens der Beamten in den Gehaltsstufen entstandene natürliche Steigerung begründet wäre, so geht diese Erklärung an den Tatsachen vorbei, denn der etwaige, durch das Höherrücken der Beamten entstehende Unterschied wird reichlich ausgeglichen durch die Kürzung des Steuerzuschlages von 6 Prozent im Jahre 1932 auf 1/2 Prozent im vergangenen Jahre.

Wenn nun aber 1,5 oder auch 1,8 Millionen an Personalkosten gegenüber 1934 eingespart sein sollten — wie es im

Das Ausland und der 29. März

Das Stimmenergebnis macht im allgemeinen keinen nennenswerten Eindruck

Das gestern bekanntgegebene vorläufige amtliche Wahlergebnis hat noch eine Veränderung erfahren: die Zustimmung beträgt nicht nur 98,79, sondern 99 Prozent und ist damit noch etwas näher an die 100 Prozent herangerückt. Vielleicht lernt das deutsche Volk bis zur nächsten Abstimmung die technische Seite der Wahl so weitgehend beherrschen, daß tatsächlich 100 Prozent erreicht werden. Denn das muß man beifügen: das deutsche Volk hat wählen gelernt; neben dem politischen hat sich ein technisches Wunder vollzogen, indem nämlich die Zahl der ungültigen Stimmen um rund 300 000 gegenüber der letzten Abstimmung gesunken ist. So hat z. B. der Kreis Königsberg-Land bei 90 000 Stimmen nur 3 ungültige, d. h. also, daß sich die östpreussischen Wähler als besonders geschickte Wähler erwiesen haben. Wichtig sind die Ergebnisse aus den meisten anderen Wahlkreisen. Selbstverständlich bringt die deutsche Presse einschließlich der „Danziger Neuesten“ und des „Vorpostens“ die ungültigen Stimmen als gegen Hitler abgegeben. Wir haben gestern schon darauf hingewiesen, daß eine Stimmgabe gegen die Liste technisch unmöglich war.

Das Echo der deutschen Presse auf die Wahl ist ein Jubelausbruch. Im allgemeinen findet man zur außenpolitischen Lage die Bemerkung, daß sich Hitlers Position für London gefestigt habe. Warum oder wodurch, das wird nicht bekanntgegeben. Denn ganz im Gegensatz dazu sieht das Ausland nichts Unerwartetes oder Befremdendes in der „Wahl“. Es spricht alles dafür, daß man Hitlers Vorschläge in Ruhe abwartet.

Kein Eindruck auf London

Das Ergebnis der Reichstagswahl hat, wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus London meldet, in England keinen Eindruck gemacht. Die englische Presse betont einstimmig ihre Zweifel in bezug auf den Wert der Wahl. „Times“ betont, man konnte im allgemeinen kein anderes Ergebnis erwarten. Leute, die sich außerhalb der Grenzen Deutschlands befinden, hätten es schwer verstehen, wozu diese ganze Propaganda notwendig gewesen sei. Die Wahl sei eine Farce gewesen, sagt die „Times“. Als eine Erprobung des Vertrauens des Volkes zu seinen jetzigen Führern war der Wahlkampf eine Staatskontrolle und die Unmöglichkeit, Gegenkandidaten anzustellen, belastet. Sogar Stimmhaltung oder die Vernichtung des Stimmzettels forderte unter diesen Umständen außerordentlichen Mut.

„Jetzt, nachdem der Wahlkampf vorbei ist“, so schreibt die „Times“, „ist Hitler in der Lage, seine volle Aufmerksamkeit den neuen Vorschlägen zuzuwenden, die er den Lokarnehmern vorgelegt hat. Das Wahlergebnis hat keine Macht und sein Prestige vermehrt. Seine staatsmännischen Leistungen werden aber nach dem beurteilt werden, wie er jetzt die Gelegenheit zu einem wirksamen Beitrag zur Befriedung Europas benutzt.“

Paris reagiert mit Verleugung

Auch in Paris hat der Ausgang des Stimmaktes keineswegs eine Ueberraschung hervorgerufen. Das Wahlergebnis

Nicht abzuschätzen aber sind

die Kräfte, die dem Staat durch die Zurückverlagerung finanzieller Einrichtungen zum Zwecke der nationalsozialistischen Propaganda entstanden sind

und die die Allgemeinheit erfahren muß. Das Personal der Post, die Dienstpflichtigen des Staatlichen Hilfsdienstes, die Benutzung von Kraftwagen und Betriebsstoffen, von Licht- und Kraftstrom und sonstigen Materialien, für deren Kosten die Allgemeinheit einzutreten muß, dürften hohe Summen verschlungen haben. Wir glauben, daß der Propagandabudget darüber einschneidende Aussagen geben müßte. Und wir meinen ganz besonders auf die Entscheidung des Obergerichtes im Wahlprüfungsverfahren hin, in der ausdrücklich die Unzulässigkeit eines solchen Verfahrens bestätigt worden ist. (Nationalsozialistischer Kampf: Die Propaganda wirkt aber!)

Ganz erhebliche Mehransparungen gegenüber der Zeit vor dem jetzigen Umbruch sind dem Staat aber für Repräsentation und Propaganda entfallen. Die bereits erwähnten im Etat nicht näher spezifizierten Ausgaben der Staatlichen Propaganda in Höhe von insgesamt 500 000 Gulden müssen hier zunächst genannt werden. Trotz der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Staates ist die von der Abteilung Propaganda im Jahre 1931 angegebene Summe von 100 000 Gulden um weitere 100 000 Gulden im Jahre 1932 erhöht worden.

Die Kosten für Dienstreise

aber haben sich von 1932 bis 1935 von 25 250 Gulden auf 227 500 Gulden, also um 100 Prozent erhöht. Der Staat hat es sich nicht leisten können, die Kosten nicht und legt, die Erhöhung der Kosten sei durch eine Verengung der Betriebsmittel bedingt. Die Zeit, die ja direkt unter der Leitung des Finanzministers steht, hat den Nachweis erbracht, daß im Jahre 1935 mit dem gleichen Betrage wie 1932 nämlich mit 100 000 Gulden, ausreichte. Die Erhöhung der Kosten für Dienstreise um 150 000 Gulden ist also keineswegs durch die Kosten für die Reisen im Reichsdienst zu erklären. Die Kosten müssen vielmehr auf geschätzte Ausgaben für Vernehmungen zurückgeführt werden. Dabei ist zu bemerken, daß die Zahl der Reisen von 22 auf 13 zurückgegangen ist.

Auffällig sind auch die Erhöhungen der Ausgabe-Positionen zu Zwecken der Repräsentation, besonderer Aufmerksamkeiten und Belohnungen zur Veranlassung des Senats und des Reichspräsidenten. Für ähnliche Zwecke waren zwar auch früher Mittel zur Verfügung gehalten, jedoch in einem Maße, welches der Größe Danzigs und der Stierkraft seiner Bevölkerung entspricht. Für Repräsentation und „zur Veranlassung des Senats“ wurden 1932 im ganzen 31 650 Gulden benötigt. Für 1935 sind aber veranschlagt worden: Zur Veranlassung des Senats 15 000 Gulden, für Repräsentation des Senats 25 000 Gulden, zur Veranlassung des Reichspräsidenten des Senats 20 000 Gulden, für die notwendige Unterhaltung 6000 Gulden; insgesamt 65 000 Gulden. Das ist fast dreimal soviel wie im Jahre 1932.

So sind nur die Zuschüsse für die einzelnen Verwaltungsstellen zu nennen? — Zunächst bei der Abteilung Wirtschaft, Kunst und Volkserziehung, wo sie aber nicht ohne den Volkserziehungsgeld kommen. Vielmehr ist die Erhöhung des Budgets im diesem Etat gegenüber dem Vorjahre um 2,5 Millionen mehr, welches dem Staatstheater zugewiesen ist. Die Abteilung Kunst erhält ebenfalls einen um 355 000 Gulden höheren Zuschuß als im Vorjahre.

Zusammen eine Duzende Mehransparungen zum Zwecke der Veranlassung der Reichspräsidenten erwiesen worden sind, und ganz erheblich abgenommen wurden, in der Zukunft zu dem Vorjahre um 175 000 Gulden weniger gespart.

Ein außerordentlich unverständliches Resultat stellt eine Mehrzahlung über den Schuldendienst

hat alle bisherigen Voraussetzungen überlegen, schreibt Petinar im „Echo de Paris“. In Berliner diplomatischen Kreisen herrscht, dem „Deuvre“ zufolge, die Ueberzeugung, der Reichstanzler müsse die jetzt unter der deutschen Bevölkerung geschaffene Stimmung auch weiterhin unterhalten, so daß man in der nächsten Zeit vielleicht mit irgendeinem Akt zugunsten des Anschließens Oesterreichs rechnen könne. Sowohl „Deuvre“ wie „Echo de Paris“ sind der Ansicht, daß Reichstanzler Hitler nun mit noch größerer Stärke seine neuen Vorschläge vorbringen werde.

Das „Echo de Paris“ fragt, was die Reichsregierung nun mit diesen 44 Millionen Anhängern machen werde. Der „Gour“ stellt fest, daß das deutsche Volk fast einstimmig den Schwatzkrieg vom 7. März gebilligt habe. Der Führer habe ein unbegrenztes Mandat erhalten, aber

niemand wisse, wie er es anwenden werde.

Der Berliner Sonderberichterstatter des „Matin“ sagt, mit absoluten Vollmachten ausgestattet, habe Hitler jetzt auch eine in den Augen seines Volkes und darüber hinaus in den Augen der ganzen Welt noch nie dagewesene Verantwortung übernommen.

Polnische Pressestimmen

Die polnische Presse beschränkt sich auf die Feststellung, daß das deutsche Volk sich mit der 99prozentigen Mehrheit hinter die deutsche Außenpolitik gestellt habe.

Der „Kurjer Poranny“ schreibt: Das Ergebnis der Wahl wurde mit militärischen Märschen begrüßt. Die Reformergebnisse des 29. März seien auf folgende Tatsachen zurückzuführen: 1. darauf, daß die ganze Wahl unter der Parole der Ehre des Volkes gestanden habe und mit den Problemen der auswärtigen Politik verbunden gewesen sei; 2. die innere Disziplin des deutschen Volkes, welches sich am wohlsten fühlt, wenn es von starker Hand geführt werde; 3. die Leichtigkeit, mit der die deutsche Bevölkerung jeder systematisch geführten Propaganda unterliege, besonders wenn sie mit den Parolen des Patriotismus und Nationalsozialismus arbeite; 4. Die zielbewußt durchdachte Propaganda, die nichts unterlassen habe, um die Verdienste des Regimes zu betonen und eine Atmosphäre zu schaffen vermocht hatte, die notwendig die höchste Wahlbeteiligung zur Folge hatte.

Wechsel im Reichswirtschaftsministerium?

In der ausländischen Presse wird erneut von einer Neu-Belegung des Postens des Reichswirtschaftsministers, den zur Zeit Dr. Schacht innehat, gesprochen. Als Nachfolger wird neben dem preussischen Finanzminister Pappe der Direktor des Instituts für Konjunkturforschung, Dr. Ernst Bagemann, genannt.

Nach dem vorgelegten Etat betrug der Schuldendienst für langfristige Anleihen aller Verwaltungen für das Jahr 1932 im ganzen 9 265 483 Gulden, für das Jahr 1935 insgesamt 10 648 190 Gulden. Bei der Summe für 1935 ist eine Minderung der Raten für den Ueberbrückungskredit I um 1 520 614 Gulden zu berücksichtigen. Diese Minderung wird aber übertroffen und daher in ihrer Auswirkung aufgehoben durch die Erhöhung der Zins- und Tilgungsraten infolge der Abwertung des Geldes um 2 717 350 Gulden.

Zu den 10 648 190 Gulden Schuldendienst für 1935 für alle Schulden kommt der Schuldendienst für neue Schulden, d. h. für die nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 aufgenommenen Kredite und Anleihen. Die Tilgungs- und Zinsraten dieser neuen Schulden betragen nach dem Etat für 1935 allein 2 752 480 Gulden pro Jahr. Insgesamt stellt sich das Bild also so dar: Alter Schuldendienst 10 648 190 Gulden, neuer Schuldendienst 2 752 480 Gulden, insgesamt 13 400 670 Gulden. Von dieser Summe entfallen der neue Schuldendienst mit 2 752 480 Gulden und die Erhöhung des Schuldendienstes infolge der Abwertung mit 2 717 350 Gulden, zusammen also 5 469 830 Gulden auf das Konto nationalsozialistischer Initiative und Wirtschaftspolitik.

Dem Redner wurde nun wegen Ablauf seiner Redezeit von 20 Minuten das Wort entzogen. Zum Schluß wollte Abg. Arthur Brill noch folgende Ausführungen machen: „Nur wenig zu klären ist die Frage, wie die neuen Anleihen, die der nationalsozialistische Senat aufnahm, verwendet worden sind. Auf die Frage, welche verbenden Anlagen geschaffen worden sind, sind die Antworten im Ausmaß, die wir gehört haben, mehr als ausweisend gewesen. Außer dem unkräftigen Theaterneubau und den Fassaden in der Langgasse hat man nichts aufzählen können. Trotzdem halten die Nationalsozialisten alle Unternehmungen, für die sie das Geld ausgeben haben, für verbende Anlagen. Vielleicht liegt das daran, wie ein Vertreter des Senats im Hauptaus- schuß erklärte, das sich der Begriff der verbenden Anlagen seit zwei Jahren wesentlich gewandelt hat.“

Es bleibt die Frage zu untersuchen.

wo man in dem Etat für 1935 hätte sparen können.

Man hätte sicherlich ohne Schaden für den Staat, sondern zu seinem Nutzen folgende Positionen ersparen können:

Die Mehrbelastung des Pensions-Fonds in Höhe von 1,8 Millionen Gulden, die Ausgabe für die Landespolizei für zwei Jahre in Höhe von 5 Millionen Gulden, die Ausgaben für den Umbau des Staatstheaters in Höhe von 2 Millionen, die Erhöhung der Schuldentilgung infolge der Abwertung mit 2,7 Millionen und unwichtige neue Häuser und Propaganda- bzw. Repräsentationsausgaben mit einer Ausgabenhöhe von 1,5 Millionen.

Das sind insgesamt 13 Millionen Gulden an z. T. einmaligen, z. T. leider auch laufenden Mehrausgaben, die dem Staatsschatz erhebliche Schäden hätten erspart werden können. Diese Ausgaben will sich nun der Senat durch nachträglichen Beschluß des Reichstages genehmigen lassen.

Während der Senat ein ganzes Jahr lang und schon vorher anderthalb Jahre aus eigener Rechtsvorsorglichkeit und gegen die Bestimmungen der Verfassung ohne den Volkswahl gewirkt hat, ist jede Einmischung und jede Zustimmungsüber die Lage der Staatsfinanzen abgelehnt hat, können wir nicht die Verantwortung für diese Finanzkatastrophe übernehmen. Wir überlassen für dem Senat. Die Bevölkerung wird viele andere Haltung billigen. Sie wird aus diesen Finanzberatern den gleichen Schicksal bereiten, wenn die Oppositionsparteien in diesem Volkstag bereits gezogen haben. Sie wird die Auflösung des Volkstages, Neuwahlen und damit die Uebernahme der Regierung durch die nationalsozialistischen Kreise in Danzig fordern.

Ausschub hieß —, so ist damit doch erst etwa die Hälfte der Ausgaben abgebaut worden, die durch die Nationalsozialisten nach 1932 aufgebaut worden sind. Man könnte hier vielleicht das Bild gebrauchen, das der Herr Finanzminister in seiner Rede auf die früheren Regierungen anzuwenden beliebt, daß nämlich die Nationalsozialisten „die einzelnen Verwaltungen unter sich aufgeteilt haben wie eroberte Provinzen“.

Die angebliche Beamtenjournis hat aber noch eine andere, merkwürdige Seite gehabt: Die Ruhe- und Barlogebeten und Hinterbliebenenbezüge haben im Jahre 1932 einen Betrag von 5 091 044 Gulden erfordert. In dem Etat für 1935 werden für den gleichen Zweck aber 6 964 960 Gulden, also 1 873 916 Gulden mehr, veranschlagt. (Wärmende Unterbrechungen von nationalsozialistischer Seite.) Diese Steigerung ist keinesfalls auf die Erziehung der Altersgrenze bei Beamten allein zurückzuführen, sondern auf die Zwangsrentenleistungen und auf die zwangsweise Ueberführung zahlreicher dienstfähiger Beamten in den Wartestand, während ihre Stellen von neuen Kräften besetzt worden sind.

Alles in allem kann gesagt werden, daß in finanzieller Hinsicht kein Abbau erfolgt ist. Wenn ein Abbau der Kopfzahl der Beamten nach bei gleichbleibender oder gar steigender Belastung erfolgt ist, so läßt das nur darauf schließen, daß in großer Zahl Beförderungen vorgenommen sein müssen.

Es muß hier auf den

Aufbau der Verwaltung

hingewiesen werden, den der nationalsozialistische Senat durch Schaffung neuer Dienststellen und Behörden durchgeführt hat. Es wurde ein Revisionsamt geschaffen, das eine Ausgabe von 58 820 Gulden erfordert, die zwar zu neun Zehnteln von der Stadt zu tragen sind, über deren Verwendung die Stadt aber nicht mitzureden hat. Die Neugründung der Staatlichen Hochbauverwaltung neben dem bereits bestehenden Staatlichen Hochbauamt bedeutet eine Erweiterung der Bauverwaltung in einer Zeit, in der alle Neubauten fast völlig eingestellt sind, und ist durch nichts zu verantworten, auch nicht durch die mangelnde Ueberfülle des Herrn Vizepräsidenten Huth über seine vielen Dezerate, mit der diese Neuschaffung begründet worden ist.

Die Neueinrichtung der Abteilung für sogenannte Propaganda und Volkserziehung, der auch die von der Post abgezweigte und neugegründete Dienststelle des Landesleiters zugehört, erfordert angeblich Ausgaben von 500 000 Gulden jährlich, die aber weder im Etat spezifiziert sind noch im Anschluß erläutert und begründet werden konnten.

Die Gründung einer besonderen Hochschule für Lehrerbildung war zum mindesten so lange überflüssig, wie behauptet wird, daß in Danzig 100 Lehrer abgebaut und nach Deutschland verlegt werden müßten. Wozu aber der hierfür notwendige jährliche Kostenaufwand von 158 190 Gulden verwenden wird, bezeugte wohl aus beste jene von der Hochschule offiziell herausgegebene Redebeilage, in der Artikel der Danziger Verfassung direkt als staatsfeindlich bezeichnet wurden.

Die Einrichtung des Lehrahändlers der Arbeit neben den bestehenden staatlichen und tariflichen Schlichtungsstellen ist wohl auch als überflüssig zu bezeichnen. Sie erfordert eine Ausgabe von 31 200 Gulden, worin allein 250 Gulden Reise- und Autokosten enthalten sind.

Einen tiefen Einblick in die Finanzgebarung des nationalsozialistischen Senats

gewährt der Polizei-Etat. Da ist vor allem die Gründung der Landespolizei zu nennen. Die Landespolizei hat nach dem Etat für 1934 25 771 700 Gulden, nach dem Etat von 1935 24 511 970 Gulden, zusammen also 5 029 140 Gulden gekostet. Nunmehr ist sie aufgelöst worden. Es hat sich herausgestellt, daß das, was wir von vornherein bereits bekannt haben, richtig ist, nämlich, daß sie überhaupt überflüssig war.

Die Gründung des Staatlichen Hilfsdienstes ist ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so kostspieliges Experiment des nationalsozialistischen Senats. Der Hilfsdienst wurde mit einer jährlichen Ausgabe von 1 270 000 Gulden veranschlagt, dann plötzlich radikal abgebaut, und heute erfordert er immerhin schon wieder einen Zuschuß von 650 000 Gulden. Das einzige Ziel des Hilfsdienstes scheint noch zu sein, daß Herr Regierungsbotschafter Grafes mit einer monatlichen Stellenzulage von 7 Gulden „später einmal“ in Eisenwalde Landarbeiter heranzubilden will.

Das Staatliche Sprechungsamt wurde im September 1934 gegründet, groß angezogen in den Volkstag verlegt und durch Verordnung vom 31. Januar 1935 schon wieder aufgelöst. Vielleicht wird jetzt wieder für die Nationalen und Gruppen der Abgeordneten im Volkstag der Platz frei, auf den sie berechtigten Anspruch haben.

Ein ganz besonderes Kapitel bildet die Einweisung des Stadttheaters zum Staatstheater.

Nach der Uebernahme in die staatliche Verwaltung wurde es erst teilweise abgerufen, um teilweise erneuert zu werden, später hat man es jedoch ganz abgerufen. Trotz Arbeit mit Hochdruck wurde es zur projektierten Zeit nicht fertig. Es wurden Künstler engagiert, aber plötzlich die Einkünfte des Baues beschloffen, worauf die Künstler wieder mit 230 000 Gulden abgebaut werden mußten. Richtig wurde ein neuer Eröffnungstermin festgesetzt und wieder Tag und Nacht an der Fertigstellung des Theaters gebaut. Die Kosten, die durch das weitgehende Scheitern des Baues einsehensweise der Aufschubarbeiten an die Künstler oft entstanden sind, sind mit mindestens 2 Millionen Gulden zu veranschlagen. Ganz parlamentarische Körperlichkeit hätte es sich wohl nicht erlauben dürfen und sich auch nicht erlaubt, eine solche Bilanz zu unterziehen. Die Geschichte des noch nicht ermittelten Stellenumwandes ist nur ein Gegenstand dazu.

Es läßt sich eine ganze Reihe von typisch nationalsozialistischen Experimenten aufzählen, die für den Staat sehr zweifelhafte Erfolge mit sich gebracht haben. Der Zuschuß für die Erziehungsarbeit der „Deutschen Jugend“ mit 17 400 Gulden und für die „Deutsche Studentenarbeit“ mit 9000 Gulden sind Subventionen nationalsozialistischer Organisationen auf Kosten der Gesamtheit. Diese Zuschüsse wurden früher an leistungsfähige Gemeinden zur Förderung von Sport und Sport geleistet und kamen der Allgemeinheit zugute, nicht nur einer Partei.

Die Kosten in Höhe von 5 000 Gulden für das sogenannte „Landjahr der Jugend“, über das wir uns hier nicht ausdehnen wollen, stellen sich nach der heutigen Finanzlage auch nur als eine Ausgabe gegenüber der Erziehung von Jugendlichen in der nationalsozialistischen Partei-Verwaltung heraus.

Die Unerschwinglichkeit der Verhältnisse zur Verhütung des jetzigen erkrankten Nachwuchses ist nicht leicht ein einziges Problem, dessen Lösung nach Danziger nationalsozialistischen Prinzipien jedoch durchaus nicht unmöglich zu sein kann. Es werden für diesen Zweck jetzt jährlich 25 000 Gulden ausbezahlt, ohne die Finanzierung der Geschicklichen. Selbstverständlich werden aber in irgendeiner Form auch die Erziehungsarbeiten und auch die Gemeinden belastet. Wenn man dieses berücksichtig, daß im vergangenen Jahre noch 200 Erziehungsarbeiten durchgeführt wurden sind, so stellen sich die Kosten für jede einzelne Erziehungsarbeit auf 500 Gulden, ohne die vorher erwähnten Kosten für die Unterhaltung von Schulen.

Recherchen über den nationalsozialistischen Senat gegen die Veranlassung der nationalsozialistischen Reichstagswahl in Danzig, für die 19 000 Gulden ausbezahlt werden sind, nachdem die dem nationalsozialistischen Senat zugewiesenen und die anderen veranschlagt und beschlagnahmt werden müssen.

Die Etats-Debatte im Volkstag

Kritik an der Finanzwirtschaft der Nationalsozialisten - Zehrerliche Vergleiche.

Bei Eröffnung der gestrigen Volkstagsitzung gab der Präsident des Volkstages, Pehl, bekannt, daß der Zentrumsgesandte Dr. Stachnid und der nationalsozialistische Abgeordnete Schories, der Leiter der Danziger Arbeitsfront, auf Grund ärztlicher Ratschläge wegen Krankheit von der Teilnahme an der Sitzung beurlaubt seien. Präsident Pehl teilte weiter mit, daß der Vorkostenauschuss beschloffen habe, nach Schluß der zweiten Beratung der Haushaltspläne in der gleichen Sitzung auch noch die dritte Beratung stattfinden zu lassen. Der Volkstag bestätigte in seiner nationalsozialistischen Mehrheit diesen Beschluß. Er beschloß ferner, die Redezeit für beide Beratungen auf die Dauer von insgesamt drei Stunden zu bemessen, so daß, während auf die nationalsozialistische Fraktion 105 Minuten Redezeit entfielen, die sozialdemokratische Fraktion sich mit 32, die Zentrumsfraktion mit 25, die Deutschnationalen mit 8 und die Kommunisten und Polen mit je 5 Minuten Redezeit bescheiden mußten.

Als Abg. Pleniowski (Komm.) gegen die

Beschneidung der Redezeit

protestierte und darauf hinwies, daß der Präsident des Senats in der letzten Sitzung des Räterebundestages in Genf die Erklärung abgegeben habe, daß das staatliche Leben in Danzig sich in Zukunft nach Geist und Inhalt der Danziger Verfassung richten werde, meldete sich der Präsident des Senats, Greiser, zum Wort und erklärte, daß er der Wahrheit gemäß feststellen wolle, daß weder er noch irgendein anderes Mitglied des Senats in Genf die Zustimmung dazu gegeben habe, die Geschäftsordnung des Volkstages abzuändern. Der Volkstag sei in seinen Entschlüssen souverän.

In der Reihe der Parteiredner erhielt als erster der nationalsozialistische

Abgeordneter Temp

das Wort. Temp ging in seiner Rede von dem Ergebnis der Abstimmung zum deutschen Reichstag aus. Er erklärte, daß das deutsche Volk ein einmütiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus und zu Adolf Hitler abgegeben habe und daß die Danziger Bevölkerung in Treue und Zugehörigkeit sich mit dem deutschen Volk und Adolf Hitler verbunden fühle. Es sei verständlich, daß es hier in Danzig Menschen gebe, die sich gegen Hitler und damit auch gegen das deutsche Volk wandten. Diese Menschen hätten sich vom deutschen Volk separiert, sie hätten kein Recht mehr, sich Deutsche zu nennen. Temp fiel anschließend noch mit schweren Beleidigungen über die Führer der Opposition her. Er erklärte dann, daß er das alles gesagt habe, weil diese Auffassungen die Grundlage für die Stellung der Nationalsozialisten auch bei den Etatsberatungen bildeten. Die Nationalsozialisten hätten vollstes Vertrauen zum Senat.

In den Ausschüssen habe man die Etats genau nachprüfen können. Die Opposition habe aber nur negative Kritik geübt. Die Nationalsozialisten hätten festgestellt, daß der Etat für das Jahr 1935 ausgeglichen sei. Das sei eine Großtat nationalsozialistischer Regierungstätigkeit, wenn man die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse dabei berücksichtige. Temp wiederholte dann die Behauptungen seiner Parteifreunde von der angeblichen Schuldenwirtschaft der früheren Regierungen, ferner, daß die Bismarck-Regierung die Nationalsozialisten hätte unterdrücken wollen. Sodann erging er sich in Angriffsreden gegen die Deutschnationalen, weil Vertreter dieser Partei bei der Gefallenen-Gedächtnisfeier des Jüdischen Frontkämpferbundes zugegen gewesen seien.

Zu den Etats erklärte der Redner, daß es

Sache des Senats sei, zu prüfen, wo Einsparungen in den Haushaltsplänen zu machen seien.

Temp wiederholte dann die Angaben über die Finanzwirtschaft des Senats, die in der November-Sitzung bereits der Finanzsenator Hoppenrath gemacht hatte. Er verteidigte die Umstellung der Pensionäre und Beamten und die Arbeitsvermittlung Danziger Erwerbsloser nach dem Reich. Es sei eigentlich überflüssig, sich zu den Einzelheiten der Etats zu äußern. Tatsache sei aber, daß der Senat große Einsparungen gemacht habe. Zum Beweis dafür führte er eine Verminderung der Zahl der planmäßigen Beamtenstellen beim Volkstag und der Zahl der Senatoren an. Bekanntlich wurde die Verfassungsänderung, durch die die Zahl der Senatoren herabgesetzt wurde, bereits zur Zeit der Linkregierung beschloffen. Die volle Auswirkung der Sparmaßnahmen des Senats würde sich allerdings erst im Jahre 1936 zeigen.

Abg. Temp behauptete dann, daß durch die Ausgaben der Abteilung Propaganda der Fremdenverkehr in Danzig erheblich zugenommen habe. Bei der Erwähnung des Etats des Staatstheaters sprach er unter Beifall der Nationalsozialisten

Herrn Förster seinen besonderen Dank für dessen Bemerkungen aus.

Temp bedauerte den Abbau der Landespolizei. Die Kredite, die der Senat aufgenommen habe, seien kurzfristig und hätten der Arbeitsbeschaffung gehiebt. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung gestellt worden. Abg. Temp schloß seine Rede mit der Erklärung, die Regierung werde in ihrem Werk fortfahren. Ihr einziges Ziel sei, Danzig deutsch zu erhalten.

Als zweiter Redner sprach namens der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete

Arthur Brill,

dessen Ausführungen wir auf der ersten Seite der heutigen Ausgabe unserer Zeitung wiedergeben.

Als dritter Redner ergriff

Abgeordneter Weiß (Zentrum)

das Wort. Er führte etwa folgendes aus:

Zeit der Uebernahme der Regierung durch die NSDAP hat die Bewirtschaftung unserer Staatsfinanzen Formen angenommen, die mit unsern verfassungsrechtlichen Grundlagen nicht in Einklang zu bringen sind.

Schon im Rechnungsjahre 1933 scheint die Verwaltung nicht im Rahmen des ordnungsmäßigen Haushaltsplanes geführt worden zu sein. Für das Rechnungsjahr 1934 hat die Regierung überhaupt keinen Haushaltsplan vorgelegt, obwohl sie durch die Verfassung ausdrücklich dazu verpflichtet ist. Es ist auch sonst trotz wiederholter Anträge keinerlei verantwortliche Auskunft über die Staatsfinanzen gegeben worden.

Für das Rechnungsjahr 1935 hat der Senat einen Haushaltsplan unmittelbar vor Schluß des Jahres eingebracht. Damit ist das dem Volkstage verfassungsmäßig zustehende Bewilligungsrecht praktisch ausgeblendet. Den Abgeordneten ist nicht einmal hinreichend Zeit für eine eingehende Durchsicht gelassen und Gelegenheit zu aufklärenden Fragen gegeben worden. Die so gehandhabte Etatsberatung gibt

ein Zerrbild des verfassungsmäßigen Budgetrechts.

Für diese parlamentarische Gestaltung der Etatsberatung trägt nach außen wohl die nationalsozialistische Mehrheit dieses Hauses die Verantwortung. Doch ist bei der engen Verbindung zwischen Partei und Regierung nicht anzunehmen, daß es gegen den Willen des Senats geschieht ist. Jedenfalls ist von Seiten der Regierung nichts dagegen unternommen worden, obwohl auf die Unhaltbarkeit dieses Vorgehens hingewiesen wurde.

Es ist auch unverträglich mit dem demokratischen und parlamentarischen Grundgedanken der Verfassung, wenn die Etatszusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stehen. Kein Wort durfte zur ersten Lesung gesagt werden. Zu den Ausschüssen wurden Abgeordnete, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind, nicht zugelassen, obwohl es sonst allgemein parlamentarische Übung ist. In diesem Falle wäre es schon wegen der Zahl und der Dauer der Sitzungen mit Rücksicht auf die ordentlichen Mitglieder zu deren Unterstützung notwendig gewesen. Eine Information für die Gruppen, die nicht im Ausschuss vertreten sind, ist überhaupt nicht möglich. Sämtliche Zulassungsanträge sind abgelehnt worden. Dafür aber wurde mehrfach Vertraulichkeit beschloffen, um möglichst möglichst viel der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Nun dürfen wir zu der gesamten Staatsführung, Verwaltung und Finanzgebarung ganze 25 Minuten reden, nachdem bisher keine Große oder Kleine Anfrage beantwortet und auch sonst keine Auskunft gegeben worden ist. Und das nennt man: dem Volke offen Rechnung geben.

Nach den Januarbeschlüssen in Genf und den feierlichen Versprechungen des Senatspräsidenten hätte man annehmen sollen, es solle nunmehr eine Periode der Rückkehr auf den Boden der Verfassung beginnen.

Die Vorklegung des Etats hätte als ein wenn auch reichlich später Anfang dafür genommen werden können. Doch schon diese Art der Etatsberatungen zerschlägt diese Erwartungen.

Aber damit nicht genug. Die Etats und ihre Beratungen sind in einem parlamentarisch regierten Staate das grundlegende Recht und die vornehmste Pflicht der verantwortlichen Regierungsmitglieder. Wie hoch die Regierung diesen Sinn der Verfassung wertet, geht daraus hervor, daß bis auf die Schlussführung kein Senator und kein Vorkostenleiter sich hat sehen lassen. Nur nachgeordnete Referenten, die nicht unmittelbar verantwortlich sind, waren erschienen. Dieses geschlossene Fernbleiben wirkt demotivierend als Geringschätzung des durch die Verfassung bestimmten demokratischen Bewilligungsrechtes. (Zwischenruf des Senatspräsidenten Greiser: Mit Recht!)

Weiter paßt es schlecht zu dem Geiste der Verfassung, wenn wiederholt versucht wurde, das verfassungsrechtlich verbürgte Auskunftsrecht zu beschneiden, obwohl aus Gründen, die in der Zeit und der Art der Beratung liegen, nur in sehr geringem Maße davon Gebrauch gemacht und bei kritischen Stellen wirklich nur sehr andeutungsweise und schonend gefragt wurde. Und noch weniger liegt es auf der Ebene der Verfassung, wenn einzelne der „neuen“ Regierungvertreter sich nicht als Vertreter der Regierung, sondern der Partei fühlten und betont als Beauftragte des nationalsozialistischen Staates auftraten. Dabei ist es eine Frage des persönlichen Geschmacks, wenn sie ihre Ausführungen von vorneherein auf den Ton parteipolitisch zweifelhafte Polemik einstellten. Aber das leidet sich her aus der Tatsache, daß

man auf den einzelnen Dienststellen auch heute noch immer den Eindruck bekommt, als sei man auf einem Parteibüro.

Bei den Behörden werden immer noch in der Dienstzeit parteipolitische Appelle, Versammlungen, Kundgebungen, Feiern und dergl. abgehalten.

Die Etatsaufstellung selbst weist zahlreiche Umstellungen auf. Sie mögen vereinzelt sachlich begründet sein. Vielfach aber sind sie geeignet, den Eindruck zu erwecken, als habe die Absicht obgewaltet, die Einsicht, den Vergleich mit früheren Etats und den Gesamtüberblick zu erschweren. Die mangelnde Klarheit des Etats, die sich u. a. in allgemeinen Fassungen sowie in fehlenden oder unzulänglichen Erläuterungen zeigt, könnte einen solchen Verdacht verstärken, besonders wenn man das rasende Tempo und die sonstigen Umstände der Etatsberatung hinzunimmt.

Der Behördenaufbau unterliegt einer ständigen Umorganisation. Aber es fehlt an einem großzügigen und weitblickenden Umbauplan.

Ämter und Einrichtungen werden geschaffen und wieder aufgelöst. Aufgaben und Beamte werden hinzugefügt und hergeschoben.

Das erfordert ungeheure Mehrkosten, wie es in den Etats zum Ausdruck kommt. Der Personalbestand ist ungewöhnlich stark angewachsen. Das muß vorweg gesagt werden, wenn von dem nun einkehrenden Abbau gesprochen wird. Bei der jetzigen Personalvermehrung ist es dann vielfach so, daß die alten bewährten Kräfte den nach 1932 eingestellten neuen weichen müssen. Es scheint dabei nicht immer nach sachlichen Gründen vorgegangen zu sein. Das beweisen die zahlreichen Prozesse, die bereits viel Geld gekostet haben und noch mehr kosten werden.

Darüber hinaus ist dieses Vorgehen wegen der moralischen Rückwirkungen zu bedauern. Das Vertrauen in das Treueverhältnis des Staates zum Beamten, wie es die Verfassung gewährleistet, wird auf tiefste erschüttert und die Arbeitsfreudigkeit und die Charakterfestigkeit des Beamten aufs schwerste gefährdet. Das rüttelt an einem der wichtigsten Fundamente des Staatswesens.

Finanziell wirkt sich der Abbau so aus, daß die Ansprüche für Ruhegelder gegen 1933 um rund 2 Millionen angeklagen sind, nachdem sie einen gewissen normalen Stand erreicht hatten. Diese Beträge werden sich weiter beträchtlich erhöhen, wenn der beabsichtigte Abbau weiter in dieser Weise durchgeführt wird.

Gerade an persönlichen Verwaltungsausgaben ist von der angeblichen sparsamen Wirtschaftsführung nichts zu verspüren.

Überall finden sich Vermehrungen und Erhöhungen. Dazu kommen mancherlei Nebenaufwendungen, wie z. B. für Kraftfahrzeuge. Dafür sind gegen 1933 mindestens 170 000 Gulden zum größten Teil ganz neu oder doch erhöht eingesetzt worden. Nicht einmündig sind dabei die sog. beamteten eigenen Wagen, deren Kosten aus dem Etat nicht immer leicht ersichtlich sind. Bei der Präsidialabteilung sind zu den früheren zwei Dienstwagen nicht weniger als sieben sog. senatoreneigene Wagen hinzugekommen. Bei der gleichen Stelle sind für Aufwand, Repräsentation, zur besonderen Verfügung usw. 80 000 bis 100 000 Gulden jährlich mehr verausgabt worden als in den früheren Jahren.

Die Landespolizei ist aufgelöst worden. Ob sie überhaupt je notwendig gewesen ist, steht auf einem anderen Platze. Sie hat uns jährlich 25 Mill. gekostet. Insgesamt sind die Polizeikosten in den letzten Jahren um gut eine Million höher gewesen als in den früheren Jahren. Ob es um Sicherheit und Ordnung um so viel günstiger gestanden hat, darüber schweigt man lieber. Aber welchen Geist man in die Polizei, die für die ganze Bevölkerung in der gleichen Weise da sein soll und deren ungeteiltes Vertrauen haben soll, hineingetragen hat oder hineintragen will, sagt uns Major Stach auf dem letzten Kameradschaftsabend, der den ausgesprochenen Zweck hatte, die innige Verbundenheit und die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Partei zu dokumentieren und zu fördern.

Der Etat soll ein Spiegelbild der Staatswirtschaft sein. In den Jahren 1933 und 1934 wurde mit sehr viel Neugierlichkeit

die Arbeitskraft

aufgezogen. Sie brachte eine wirtschaftliche Scheinblüte. Sie ist verpufft. Heute stehen wir auf den Trümmern dieses Schlachtfeldes. Als Kriegstrophäen haben wir einen Schuldenberg von rund 25 Millionen jährlich heingetragen. Dahinter steht eine Schuldenlast von rund 9 Millionen. Davon ist kaum etwas unmittelbar werdend angelegt. In diesem Trümmerhaufen werden wir noch jahrelang aufzuräumen haben. Und ein dauerndes Denkmal auf diesem Trümmerfeld ist das Grab der Danziger Währung.

Dieser wirtschaftliche Rückschlag zeigt sich auch in der Lage des Arbeitsmarktes. Wenn wir zu der heutigen offiziellen Zahl der Erwerbslosen diejenigen hinzuzählen, die einst hinzugezählt wurden, heute aber außer Betracht bleiben, dann erreichen wir ungefähr die Zahlen, die die jetzige Regierung einst vorgefunden hat. Auch die im Etat für diesen Zweck ausgeworfenen Beträge nähern sich den einseitigen und zeigen eine steigende Tendenz.

Eine Staatsführung, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, hat sich in besorgniserregender Weise zum Nachteil für Volk und Staat ausgewirkt und ist auf die Dauer untragbar.

Es ist Zeit, und es ist unsere Pflicht, daß wir das weitere Schicksal in die freie Willkürscheidung des Volkes legen. Wir haben bereits im Juni v. J. einen Antrag auf Neuwahlen gestellt. Der Zeitpunkt war der NSDAP wenig genehm. Einen günstigeren Augenblick als heute, da der gewaltige Auftrieb vom Reich herüberströmt, wird es für die NSDAP nie wieder geben. Wir haben darum erneut den Antrag eingebracht. Nun zeigen Sie, ob Sie Verantwortung für Staat und Volk fühlen, und ob Sie Vertrauen in die eigene Kraft haben.

Abg. Gamm (Deutschnational)

machte, begleitet von großem Lärm der Nationalsozialisten, in der Hauptsache folgende Ausführungen:

Am Schluß des Haushaltsjahres 1935 legt die Regierung die vollständigen Haushaltsvoranschläge für 1935 vor, die sie nach Artikel 51 der Danziger Verfassung spätestens im März 1934 vorzulegen verpflichtet war. Die wiederholte Eilfertigkeit, mit der die Haushaltspläne jetzt binnen einer Woche verabschiedet werden sollen, steht in auffälligem Mißverhältnis zu der bisher geübten Verzögerung der Angelegenheit. Diese Behandlung ist nicht geeignet, das ohnehin bestehende starke Mißtrauen der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Finanzgebarung des Staates zu beseitigen.

Der Herr Finanzsenator hat in seiner Etatsrede vom 27. November 1935 auf die mehrere Millionen Gulden betragenden Ersparnisse hingewiesen, die in den Haushaltsvoranschlägen für 1935 durch den Abbau von Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst, durch die Ueberführung von Beamten ins Reich, durch die Ausgliederung der Pensionäre erreicht worden wären. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Personalansgaben für die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst in den Voranschlägen für das Jahr 1935 durchweg erheblich höher sind als in den Voranschlägen für die Jahre 1931 bis 1933. Allein in den Voranschlägen der Senatsabteilung für Wirtschaft und Arbeit, für öffentliche Arbeiten, Verkehr und Verkehr, für Grundbesitzverwaltung und für Landwirtschaft, die bereits seit längerer Zeit vorliegen und deshalb wirklich geprüft werden konnten, sind die Ausgaben für 1935 trotz aller Ersparnisse im Durchschnitt etwa 5,5 Millionen höher als in den Haushaltsvoranschlägen der Bismarckregierung.

Wenn die nationalsozialistische Regierung also von Abbau und Ersparnissen spricht, so ist das nur insoweit berechtigt, als sie das wieder abgebaut und erspart hat, was sie seit ihrem Eintritt im Juni 1933 angebahnt und mehr ausgegeben hat.

Wir stellen weiter fest, daß der von der jetzigen Regierung durchgeführte Personalabbau, die Ueberführung der Beamten ins Reich und die Ueberführung der Pensionäre keine Verringerung der Ausgaben auf den Stand vor Eintritt der nationalsozialistischen Regierung herbeigeführt haben, und daß die von der nationalsozialistischen Regierung durchgeführten Sparmaßnahmen, namentlich die Ueberführung der Pensionäre, die so viel Leid und Elend über viele Familien gebracht haben, gar nicht nötig gewesen wären, wenn die jetzige Regierung weiter so sparsam gewirtschaftet hätte wie ihre Vorgängerin. Wir stellen schließlich fest, daß die von der nationalsozialistischen Regierung namentlich in den Jahren 1933 und 1934 durchgeführte beispiellose Ausgabenwirtschaft auch für die Abwertung der Währung verantwortlich zu machen ist.

Der Herr Finanzsenator hat in seiner Etatsrede der Personalpolitik der früheren Regierungen den Vorwurf der Futterkrippenwirtschaft gemacht. Abgesehen davon, daß sich dieser Vorwurf gerade aus dem Munde des Herrn Finanzsenators eigenartig vernimmt, der doch auch der früheren Regierung angehört hat, ist wohl die Frage berechtigt, wo es eine größere Futterkrippen- und Parteiwirtschaft gegeben hat, bei den früheren Regierungen oder bei der jetzigen? In der Bevölkerung ist das keine Frage mehr.

Wir stellen fest, daß von der nationalsozialistischen Regierung durchgeführte Arbeitsbeschaffungsprogramme jede Rücksicht auf die Staats- und Gemeindefinanzen hat vernachlässigen lassen, daß die Art seiner Finanzierung unter Inanspruchnahme der Bank von Danzig die Staats- und Gemeindefinanzen zerrütelt und die Währung ins Bankrott gebracht hat. Eine Schuldenlast von mehreren Millionen Gulden erdrückt jetzt auch die Landkreise und Landgemeinden, die bisher finanziell gesund und unbeschädigt dastanden. Und die bisher finanziell gesund und unbeschädigt dastanden. Und was ist den Erwerbslosen damit geschehen worden? Tausende von ihnen mußten Danzig verlassen, ihre Familien wurden auseinandergerissen, und weitere Tausende bangen davor, daß auch sie ihre und ihrer Väter Heimat verlassen müssen. Es ist für sie ein schwacher Trost, daß Danzig ein Staatstheater in neuem Gewande hat.

Nach den Ueberfolgen, die die nationalsozialistische Regierung in den drei Jahren ihrer Regierung auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Wirtschaft gebracht hat, bitten wir öffentlich und privat Wirtschaft gebildet hat, kann sie begrifflicherweise nicht verlangen, daß ihr die Bevölkerung noch Vertrauen entgegenbringt. Die notwendige

Erdrung und eine klare Ueberlicht über die Staatsfinanzen kann nur eine neue Regierung, die vom Vertrauen des Volkes getragen ist, bringen. Unser Antrag auf Auflösung des Volkstages ist das einzige Mittel dazu.

Abg. Plenikowski (Kommunist)

wies zunächst — nachdem er erklärte, daß ihm nur fünf Minuten, also auf je 25 Millionen Gulden Staatsausgaben eine Minute, zur Verfügung stehen — darauf hin, daß die nationalsozialistische Agitation vor der Reichsregierung glauben zu machen suchte, daß der Nationalsozialismus nach der Macht-ergreifung sofort allen Hunger und alles Elend, alles Unrecht und jede Unterdrückung ausrotten werde. Der Nationalsozialismus habe aber nicht Hunger und Elend ausgerottet, sondern sich vielmehr Mühe gegeben mit dem Ausrotten alles dessen, was wirklich gegen Hunger und Elend, für Arbeit, Brot und Freiheit kämpfte. Das kapitalistische System habe er vernichten wollen und habe statt dessen die Lebenshaltung der breitesten Massen wesentlich verschlechtert.

Der Finanzsenator habe in seiner Rede erklärt: „Die Regierung hat ohne Rücksicht auf Popularität eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt.“ Und er begründete die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit den Worten: „Wir hätten sonst ein zweites Oesterreich erlebt!“ Wir haben mehr als „ein zweites Oesterreich“.

Wir haben ein nationalsozialistisches Danzig erlebt.

Als wichtigsten „Erfolg“ habe der Finanzsenator seine Sparmaßnahmen verbuchen zu können geglaubt. Unterjuche man jedoch diese Sparmaßnahmen, so müsse man feststellen, daß sie alles andere als Maßnahmen zur Erhaltung der vom Finanzsenator erwähnten „materiellen und geistigen Dinge“ der Massen der Bevölkerung waren. Im Gegenteil brachten sie für die Massen harte Verschlechterungen. Das gelte vor allem für die Geldentwertung, die schamhaft an einer Stelle des Etats „Gulden u. m. Wertung“ genannt wird.

Zu der Frage der Personal-Einsparungen berichtet Abg. Plenikowski darauf, daß sich darunter 335 Angestellte und 405 Arbeiter befinden, und von den Beamten werde die Mehrheit wohl den unteren und mittleren Gehaltsstufen angehört haben. Demgegenüber wiesen aber die Haushaltspläne bei den verschiedenen Positionen auf eine große Ausblähung des Verwaltungsapparates und bei allen verbundenen Ausgaben hin. So haben sich die Gesamtausgaben für den Abschnitt A der Allgemeinen Verwaltung gegenüber 1934 um weitere 45 300 Gulden erhöht und betragen jetzt 3 334 430 Gulden gegenüber 2 317 825 Gulden im Jahre 1932. Um mehr als eine Million Gulden sind die Ausgaben allein für diesen Abschnitt des Verwaltungsapparates erhöht.

Der Finanzsenator habe von „unpopulären Maßnahmen“ gesprochen. Die Maßnahmen, die in den Zahlen des Etats zum Ausdruck kommen, seien mit Recht an Ablehnung bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gestoßen. Der nationalsozialistische Senat habe es in der Hand gehabt, populäre Maßnahmen zu treffen.

Warum wurden, so fragte der Redner, nicht die Senatoren-achiller gekürzt? Seine Beispiele ein Senator noch immer das Einkommen von 25 Arbeiterfamilien. Der Senat könne ver- sichert sein, daß

eine solche Maßnahme populär gewesen wäre.

Warum werden nicht zwei Landratsämter zusammengelegt und so die Ausgaben für ein Landratsamt gespart? Warum heuert man nicht die Gewinne der Banken und Großbetriebe, die Zantleinen und Industriebetriebsabteilungen weg? Warum verfährt man nicht die steuerliche Erfassung der hohen Einkommen? Das alles, davon könne der Senat überzeugt sein, wäre populär. Und wäre dabei doch nur ein Räuseln an Erfolgen gegenüber den Bergen, die der Nationalsozialismus verschluckt hat. Daß nicht einmal ein Räuseln geboren werden konnte, beweist nur, daß die nationalsozialistische Theorie und Praxis Dinge sind, die zueinander im Gegensatz stehen.

Bei einer Staatsposition heiße es: „Mehr durch Erhöhung der Preise für Brot und Get.“ Jeder wisse, daß nicht nur „Brot und Get.“ im Preise gestiegen sind, sondern daß von der Lebensmittel- und Textilindustrie, die die Lebenshaltung gerade die zum Lebensunterhalt des Reiches unbedingt notwendigen Dinge ganz gewaltig im Preise anzuheben sind. Bezüglich jener man jedoch im Etat bei den Ausgabenpositionen für die Menschen, und zwar für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, für die Arbeitslosen und Rentenempfänger, nach der Bemerkung „Mehr durch Preissteigerung für Brot, Kartoffeln usw.“ Das Reich müsse, um leben und arbeiten zu können, die gleichen Nationen wie früher bekommen, und das bedeutet bei Preissteigerung erhöhte Ausgaben. Dem Reich, dem Volksgenossen aber erkennen man diese Erhöhungen nicht zu und bestimmte sogar, daß ein Lohnanstieg nicht erfolgen dürfe. Die kommunistischen Abgeordneten lebten daher jeden Finanztag für das nationalsozialistische System ab.

Namens der Gruppe der Polen sprach der

Abgeordneter Budzinski

Er erklärte, daß er hauptsächlich heute, anlässlich der Geschäftsberatung die Wünsche der polnischen Minderheit vorzutragen. Die Verhandlung der Redner nehme dem polnischen Abgeordneten jedoch die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Aus Protest dagegen werde sich die polnische Gruppe bei der Abstimmung über die Etats der Stimme enthalten, obwohl sie ursprünglich die Absicht gehabt habe, dem Etats zuzustimmen, weil gewisse Angaben dieser gegenüber hätten, daß eine bessere Zusammenarbeit zwischen Volkstag und Senat Platz greifen würde.

Senator Bajer

berichtigte jedoch die Staatspositionen, die die Ansichten der Senatsabteilung Propaganda enthalten. In der Erklärung Propaganda seien die frühere Erklärungen, die Propaganda nach der Zusammenkunft zurückgezogen. Es ist nicht richtig, daß die Ableitung Propaganda nationalsozialistische Parteipropaganda betriebe. Das überläßt sie der NSDAP. Durch den Arbeitsbericht, der insofern der Bestandteil der Propaganda-Aktivität gehören sei, sei das Verhältnismäßige in Danzig wesentlich erhöht worden. Zum Schluß brachte Senator Bajer zum Ausdruck, daß er persönlich erklären könne, daß auch in seinen Kreis kein Verstoß für die Volkskammer durch die NSDAP ausgeht. Er erklärte, daß er seinen Kreis nicht auf seine Ansichten über diesen Punkt mit Zahlen zu belegen, sonst müßte er erklären, daß der Abg. Brill gelogen habe.

Als Vertreter des Senats sprach zum Schluß noch

Finanzsenator Dr. Hoppenrath

Er wies sich gegen den Vorwurf, daß die Geschäftsberatung überflüssig gewesen sei, und daß die Abgeordneten nicht genügend Kenntnis erhalten hätten. Zudem habe man bei der Abstimmung der Opposition übersehen keine Einsprüche.

Senator Hoppenrath beschwichtigte sich dann in der Geschäftsberatung mit den Ansprüchen des parlamentarischen Abg. Brill. Er habe nicht den Eindruck, daß der Abg. Brill nicht genügend Zeit gehabt habe, um sich für die Beschlüsse genügend zu informieren. Er habe den Eindruck, daß die Abgeordneten der Opposition Tag und Nacht für den Senat gearbeitet hätten, um ihn zu gewinnen.

bingz verband zu haben. (Lachen links!) Die Zahlen, die er (der Redner) in seiner November-Rede angeführt hätte, stimmten. Der Senat bestreite gar nicht, daß er gewisse Verbesserungen neu aufgebaut habe. Das habe er aber tun müssen, weil er vor neuen Aufgaben gestanden habe, die die früheren Regierungen nicht erfüllt hätten.

Senator Hoppenrath beschwichtigte sich dann mit den einzelnen Etats, ohne allerdings auf Zahlen einzugehen. Dabei verteidigte er die Sterilisationsmaßnahmen, das sogenannte „Landjahr der Jugend“, die Einrichtung des Revisionsamtes, die Ausschaffung des Hochbauamtes, die einer Umorganisation zum Zwecke von Einsparungen entspringe, die Hochschule für Lehrerbildung, die Einrichtung des Treuhänders der Arbeit, die der Verdringung und dem Ausgleich des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer diene. Bei der Verteidigung der Neuorganisation der Landespolizei, die befandlich wieder abgeschafft worden ist, erklärte er, zur Opposition gerichtet, die Nationalsozialisten wollten die Ordnung und die Opposition die Unordnung. Der Staatliche Hilfsdienst sei zur Erziehung der Jugend notwendig.

Der Umbau des Staatstheaters

sei notwendig gewesen, um Kunst und Kultur im Volke zu pflegen. Die Neuanschaffung von Autos verteidigte er damit, daß die Nationalsozialisten Wert darauf legten, daß die verantwortlichen Behördenleiter nicht vom grünen Tisch aus Entscheidungen treffen sollten. Bezüglich der neuen Schulden erklärte der Redner, daß der Senat nicht deshalb eine Ausgabe ablehne, weil sie nicht allgemein als notwendig angesehen werde.

Sodann griff Senator Hoppenrath die Opposition an, die den Geist der neuen Zeit nicht verstanden habe, und wies im Sinne des Abg. Temp auf das Ergebnis der Abstimmung zum deutschen Reichstag hin. Bezüglich der Haushaltspläne für 1936 erklärte der Finanzsenator, daß diese sowohl Volkstag

als auch Stadtbürgerschaft in alternativer Zeit vorgelegt würden. Wenn die Opposition heute dem Senat vielleicht ungerechtfertigterweise vorwerfe, daß er Etats vorgelegt habe, die nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprächen und Mäßen enthielten, so erkläre er, daß man den Senat doch nicht für so dumm halten solle. Auch der nächste Etat werde ausgleichend sein.

Abg. Weiß (Zentrum) ergriß noch einmal für vier Minuten das Wort, da er seine Redezeit nicht ausgenutzt hatte, und widersprach einigen Behauptungen des Finanzsenators Hoppenrath über die feinerzeitige Vertragsfestlegung bei der Schaffung des Tabakmonopols.

Die Abstimmung über die Etats wurde in zweiter und dritter Lesung „en bloc“ vorgenommen. Für die Etats stimmten lediglich die Nationalsozialisten.

In einer persönlichen Bemerkung

führte Abg. Brill aus: Herr Senator Bajer hat zu meinen Ausführungen, wer die Kosten aufgebracht hat, die dem Staat durch die Ausnutzung der staatlichen Einrichtung für die nationalsozialistische Propaganda entstanden sind, erklärt, daß aus seinem Etat keine Mittel aufgebracht worden sind. Auch selbst wenn das für die anderen Etats erklärt wird, bleibt die Frage unbeantwortet, wer die dem Staat entstandenen Kosten für die nationalsozialistische Propaganda aufgebracht hat, und ob sie dem Staate ersetzt worden sind. Ich erwarte im übrigen, daß Herr Senator Bajer auf Grund des Stenogramms über meine heutigen Ausführungen keine verlausulierte Behauptung, „ich hätte gelogen“, zurücknimmt.

Am Schluß der Sitzung erklärte Präsident Wehl, daß er den Termin der nächsten Sitzung des Volkstages festsetzen werde.

Abg. Wellhausen und die SSS

Eine Szene an der Silberhütte

Abg. Wellhausen, Amtswalter und Ortsgruppenleiter der NSDAP in Schödlitz, macht sich gern wichtig. Besonders gern spielt er Polizee. Seine Spezialität sind Verschlagnahmen. Manchmal ist es die „Vollstimm“, deren Verteilung er behindert, ein andermal sind es Flugblätter der Opposition. Viele Male ist ihm schon gesagt worden, er solle diesen Unjam lassen, aber er hört nicht. Vielleicht hilft ein kleines Strafprozeßchen wegen Amtsanmaßung. Manchmal tun solche Dinge wahre Wunder. Man muß es Abg. Wellhausen lassen: er liebt Variationen. Nicht immer beschlagnahmte er selber, insbesondere dann, wenn ihm die Situation krenzlich erscheint, erklärt er das, was ihm nicht gefällt, für polizeilich verboten. So auch am Sonnabend. Kommt da an der Silberhütte ein jüngerer Arbeiter vorbei. An seinem Rockansatz hat er das SSS-Sportabzeichen. Er geht ruhig seines Weges, doch plötzlich steht Abg. Wellhausen vor ihm. Selbstverständlich in großer Uniform.

Eine Vernehmung ist nicht möglich. Abg. Wellhausen kann ja kaum vernehmung werden, denn sein Auftreten ist einmalig, und außerdem war in Begleitung des Arbeiterportierers ein junges Mädchen aus Schödlitz, das Abg. Wellhausen genau kennt. Also Abg. Wellhausen tritt auf den Arbeiterportierer zu und bedeutet ihm, daß das SSS-Abzeichen polizeilich verboten ist, er solle das Abzeichen abnehmen. Davon war dem Abzeichenträger nun nichts bekannt. Vielleicht hat Abg. Wellhausen auch nur laut einen Wunsch ausgesprochen, denn es ist sehr wohl möglich, daß ihm nach heutigem Stand die SSS-Bewegung ein Dorn im Auge ist. Als nun der Sportler dem Wunsch des Abg. Wellhausen nicht nachkam, wollte er, weil er einige seiner Parteifreunde herankommen sah, dem Sportler das Abzeichen aus dem Rockansatz herausnehmen. Kaum hatte er jedoch den Rockansatz des Sportlers berührt, als der Arbeiterportierer ebenfalls zusprach. Nun war Abg. Wellhausen in Bedrängnis. Hilfesuchend sah er sich um, und eifrig rief er seinen Parteifreunden Heil-Hiller-Grüße zu, wohl in der Annahme, daß sie ihn erkennen und ihm helfen würden. Inzwischen aber hatte sich aber eine größere Menschenmenge an der Silberhütte angesammelt. Abg. Wellhausen und seine Parteifreunde mußten manns wahr Wort hören. Dann kam angelockt durch den Menschenstrom, ein Schupobeamter. In diesem Schupo wandte sich Abg. Wellhausen mit der Aufforderung, dem Sportler das Abzeichen fortzunehmen, denn es sei polizeilich verboten. Außerdem rief Abg. Wellhausen manche Erordnungen aus. Er sagte, er werde es den Notizen über am Sonntag zeigen, und „aus kommen sie mit dem Abzeichen schon in 10 Minuten“. Also der Schupo hand vor einer harten Aufgabe. Er wußte wissen, daß er dem Sportler das Abzeichen nicht fortnehmen durfte. Er hätte ihn, wenn der Fall schon nicht auf der Straße zu klären war, auf die Wache mitnehmen müssen. Aber da stand Abg. Wellhausen, ein mächtiger Mann, wenigstens bei seinen Parteifreunden in Schödlitz, der allerdings durch seine Macht und seine Macht, Polizei zu spielen, nicht verhandelt hat, daß gerade in „seinem Revier“ einige der größten Korruptionsfälle in der NSDAP vorgekommen sind. Der Schupobeamte zog sich dadurch aus der Affäre, daß er zunächst dem Sportler das Abzeichen abnahm. Dieser war jedoch damit nicht zufrieden und verlangte eine Bezeigung oder Rückgabe des Abzeichens. Der Schupobeamte überlegte einen Augenblick. Dann sprach er zu dem Sportler: „Bleiben Sie ein Momentchen, bis der da (gemeint war Abg. Wellhausen) fort ist, und dann bekommen Sie das Abzeichen von mir zurück.“ Das geschah dann auch, und zwar glücklich, weil der Sportler auf der Wache geblieben ist. Als nun alles zu Ende war, kam aber der Schupo dem noch Schödlitz hinter Abg. Wellhausen her wandernden Sportler nach und verlangte dessen Personalien, angeblich, um nachzugehen, ob er überhaupt berechtigt ist, das Abzeichen zu tragen. Solche Forderungen ist richtig. Wir haben uns bei der Sitzung des Arbeiterportierverbandes erkundigt, der Sportler dem das Abzeichen tragen und hat bei der Prüfung 318 Punkte erreicht.

25 Jahre Lebensversicherung. Am 1. April, dann das Lebensversicherungskomitee, die Höhe der Beiträge, die auf ein bestimmtes Stücken zurückzuführen. Am 1. April 1911 ist das Geschäft von dem Ehepaar Kammle gegründet worden. Als dann der Ehepaar im Jahre 1915 fünf, sieben Jahre Kammle das Geschäft allein weiter und brachte es glücklich durch alle Schwierigkeiten des Krieges und der Nachkriegszeit. Marie Kammle hat sich als tapfere Frau gezeigt; sie ließ sich nicht „überwinden“. Die weitere Frau verdient, geschäftlich unterstützt zu werden.

Edelherzog Otto und Marie Schmitz wiffen, Gedanke, Gedankensätze B. wofür, feiern heute das 25. der Edelherzogin. Beide sind langjährige Mitglieder der Partei. Im Juli d. J. waren sie auf eine 25-jährige Mitgliedschaft in der SPD. zurückzuführen. Gedanke und die Begleiter der Danziger Volkstheater, hien der „Vollstimm“. Marie Schmitz wiffen ist eine eifrige Förderin der Arbeiterbewegung. Sie war aktive Sportlerin von 1915 bis 1922, dann von 1923 bis auf den heutigen Tag. Dem Edelherzogin, wofür die hohen Glückwünsche!

Die Hausjuchung bei dem SA-Mann

Ihre Hintergründe

Vor dem Amtsgericht für kleine Strafsachen stand ein Rohrmeister der Stadt Zoppot, bis vor kurzem noch SA-Mann. Dieser Rohrmeister heißt Gerhard Pischel und war der Beleidigung angeklagt. Er sollte den Ortsgruppenleiter der NSDAP in Zoppot, Inspektor und Revisor bei den Städtischen Werken in Zoppot, Wehl, beleidigt haben. Die beiden, Wehl und Pischel kannten sich gut. Zoppot ist nicht sehr groß und beide waren Angehörige der NSDAP; der eine SA-Mann, der andere Ortsgruppenleiter. Bevor die Beleidigung geschehen sei, hatten die beiden damaligen Pächter schon ein „Händchen“ miteinander zu rufen gehabt. Der jetzige Angeklagte und frühere SA-Mann Pischel hatte nämlich von der Stadt eine Wohnung gemietet. In dieser Wohnung gehörte auch ein Stück Garten. Von diesem Garten sollte der Rohrmeister ein Stück abgeben, das der Nachbar bekommen sollte. Solche Abtretung ist nun keine angenehme Sache. Erst sträubte sich der Rohrmeister, dann gab er aber nach und einigte sich mit dem Nachbar, ebenfalls einem Angehörigen der Stadt, gewissermaßen auserdienstlich. Aber nicht genug damit, der Rohrmeister sollte, wie Rechtsanwalt Weise in der geistigen Gerichtsverhandlung vortrug noch mehr Land abgeben und wurde zu diesem Zweck nach dem Büro des Städtischen Gutes hingeführt. Dort ist es zu den ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen Wehl und Pischel gekommen. Der Rohrmeister wollte sein Recht vor Gericht suchen und den Magistrat verklagen. Wehl möchte sich in die Verhandlung, obwohl ihn die Sache direkt gar nichts anging, denn Pischel verhandelte mit dem Gutskassierer Fleming. Wehl soll zu dem Rohrmeister, immer nach dessen Angaben, gesagt haben, daß sich schon etwas finden werde, um ihn herauszubringen.

Soweit die Vorgeschichte. Dieser Zwischenfall war im Oktober oder November vorigen Jahres; genauer konnten beide darüber nichts anfragen. Im Dezember wurde dann plötzlich eine Hausjuchung bei dem SA-Mann und Rohrmeister vorgenommen. Dieser war darüber nicht gerade erfreut und will gesagt haben: „Wer mir das befohlen hat, der ist in meinen Augen ein Dumm und ein Schuft.“ Dieser Anspruch ist in Gegenwart der die Hausjuchung durchführenden Kriminalbeamten Czech und Kießhuth gemacht worden. Czech sagte aus, daß der Rohrmeister den Ortsgruppenleiter direkt genannt haben, während der Angeklagte behauptet hätte, seinen Namen genannt zu haben.

Das Gericht bemühte sich festzustellen, aus welchen Gründen die Hausjuchung bei dem Rohrmeister vorgenommen worden ist. Die Kriminalbeamten erklärten, darüber nichts anfragen zu dürfen. Der Kriminalbeamte Czech machte aber zur Klärung der ganzen Angelegenheit die Feststellung, daß der angeklagte Rohrmeister als SA-Mann eine Oppositionsstellung lieft.

Der Antrag der Staatsanwaltschaft verlangte wegen Formalseleidigung nach § 185 des Strafgesetzbuches eine Strafe von 300 Gulden oder 60 Tage Gefängnis.

Der Einzelrichter, Amtsgerichtspräsident Tornier, verurteilte dann den angeklagten Rohrmeister, der inzwischen wegen politischer Inzuverlässigkeit aus der SA. ausgeschieden worden sein soll, zu 200 Gulden Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 40 Tagen Gefängnis.

50 Jahre Alexander Barlasch. Das bekannte Geschäftshaus Alexander Barlasch, Rindmarkt 35, feiert am 1. April sein 50-jähriges Geschäftsjubiläum. Das Haus Alexander Barlasch ist bekannt als vorteilhafte Bezugsquelle für Betten, Bettfedern und sämtliche Textilwaren. Es erfreut sich eines großen Kreises treuer Stammkunden.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

- Dienstag, den 31. März:
- 12.10 Prag: Busoni-Fest (Deutsche Sendung) und Nachrichten.
 - 19.09 Droitzsch: Nachrichten; anschl. Eichendorff-Lieder; Lahti: Orchesterkonzert. — London-Regional: Nachrichten, Kinorogel, Gansons. — Paris PTT: Konzert mit Nachrichten. — 19.30 Paris: Orchesterkonzert. — 19.40 Brüssel: Alte Musik. — 19.45 Hilversum: Klavierkonzert.
 - 20.00 Bern: F. J. Igar. — Oper von Borodin. — Budapest: Schwedisches Konzert. — London-Regional: Englische leichte Musik. — Prag: „Der Thor“, Oper. — Wien: Märchen. — 20.10 Warschau: Leichte Musik. — 20.25 Bukarest: Sinfoniekonzert (Schaikowsky, Debussy).
 - 21.00 Brüssel: Orchesterkonzert. — Straßburg: Deutsche Nachrichten, anschl. Operette. — Warschau: Polnische Musik. — 21.15 Poste Parisien: Variété. — 21.30 Paris PTT: Orchesterkonzert. — 21.45 Hilversum I: „Ghanni Schicht“, Oper von Puccini. — 21.50 Droitzsch: Klavier.
 - 22.00 Brüssel: (Eins.) Kabarett. — Hilversum II: Violins und Klavier, anschl. Orchesterkonzert. — Poste Parisien: Orchesterkonzert, anschl. Humor. — Stockholm: Unterhaltungsprogramm. — Warschau: Leichte Musik. — Wien: Nachrichten, anschl. Klavierkonzert (Walter Gieseking).
- Kurz Well: Bern: Bernstr. 540 — Brüssel 325 — Brüssel franz. 484 — Brüssel 322 — Budapest 649 — Bukarest 364 — Hilversum II: 301 — London Regional 342 — Paris PTT 432 — Poste Parisien 315 — Prag 470 — Riga 515 — Stockholm 425 — Straßburg 340 — Wien 507
- Lang Well: Budapest II: 834 — Droitzsch 1500 — Lahti 1807 — Hilversum I: 1975 — Kalundborg 1261 — Kowno 1935 — Luxemburg 1304 — Moskau Komintern 1724 — Moskva III: 748 — Oslo 1154 — Paris 1643

Kulturstaaten am Rande der Arktis

MTP. Kopenhagen, im März.

Grönland und Island im Aufstieg

Grönland und Island sind Großgebiete nordeuropäischer Siedlung und kolonialistischer Erschließung. Ihre Namen freilich sind eine Verwechslung. Island — Eisland — ist ein Gebiet großer Weiden, ist grünes Land. Grönland — grünes Land — ist ein einziges riesiges Eisgebirge, mit ganz schmalem Küstenrand für menschliche Besiedlung.

Grönland ist eine dänische Kolonie; seine Bewohner, die Eskimos, sind erst in diesen Jahrzehnten lebhaft geworden. Island dagegen ist heute ein souveräner Staat mit vierhundertjähriger Geschichte.

Es ist eine irrtümliche Annahme, daß die Grönländer vom Seehundfang leben, und daß die Isländer die Götter der Edda anbeten und in Runen schreiben. Auf Grönland gibt es Krankenhäuser und Kindersanatorien; die Eskimos wurden Fischer, lernten den Robbilmotor bedienen und haben ein staatslich organisiertes Schulwesen. Die Isländer sind seit dem Jahre 1900 gute Christen; ihre heutige Erbschaft basiert auf Luther, nicht auf Wotan.

Grönland ist eine Kolonie im Zeichen der Verwandlung, Island ein Staat im Zeichen der Gestaltung. In Grönland kämpft der Mensch noch um sein Lebensrecht, lebt noch bildlich und tatsächlich am Rande der Zivilisation. Island steht im Zeichen der Städtebildung, der fortschreitenden Industrialisierung, des Brücken- und Wegebaues, der Modernisierung der Landwirtschaft, der wissenschaftlichen Forschungsarbeit, des raschen Bevölkerungszuwachses.

Die Grönländer — rund 25 000 Menschen, darunter noch nicht 1000 Europäer — leben zwar in ihren Häfen die Flaggen aller Nationen der Erde, aber wirtschaftliche Beziehungen haben sie nur zu Dänemark. Man diskutiert gegenwärtig eifrig über die Frage, ob fremdem Kapital und Handel der grönländische Markt frei zu überlassen sei, wofür sich vor allem England und Norwegen interessieren, oder ob es bei der dänischen Abwicklungs- und Konzeptionspolitik verbleiben solle. Daß in der Zukunft für Grönland ganz große Möglichkeiten liegen, hat vor allem der ungeheure Aufschwung der Krongewinnung gezeigt. Krongit ist übrigens die einzige grönländische Ware, die nicht ausschließlich nach Dänemark ausgeführt wird. Über vorläufig gilt immer noch die Forderung des grönländischen Politikers Rillemoje: „Grönland den Grönländern!“

Der Isländer ist wirtschaftlich mit der ganzen Welt verbunden. Er siegte über die dänische Handelsmonopol-Politik schon im Jahre 1854. Zwanzig Jahre später, 1874, erklärte sich Island seine eigene Verfassung. Dänemarks Vertreter saß aber immer noch in Reykjavik als „Landeshöfding“. Erst 1904 gewann Island völlige Selbstverwaltung. 1918 wurde es souveräner Staat. Die Weltereignisse wirkten sich am nördlichsten Polarkreis aus.

Heute ist Island ein demokratisches Land, mit etwa 120 000 Einwohnern, von denen rund ein Drittel kleine Bauern sind, während sich die übrigen auf Fischerei, Handwerk und neuerdings Handel, Transport und Industrie verteilen. Die Heuernte bringt jährlich rund 2 Millionen Kilogramm, der Schafbestand nähert sich der ersten Million. Es gibt 50 000 Pferde und eine eigene Fischereiflotte von rund 20 000 Bruttoregistertonnen.

Gegenwärtig wird, mit Hilfe einer schwedischen Anleihe, für Südisland, speziell für die Hauptstadt Reykjavik, ein großes Elektrizitätswerk gebaut. Der Bau einer großartigen, aus den zahlreichen heißen Quellen zu speisenden Warmwasserleitungsanlage wird sich unmittelbar anschließen. Großzügige Projekte internationaler Finanzgruppen zur Erschließung der enormen Braunkohlenlager, Mineralienvorkommen und unausgenützten Wasserkraften befinden sich in Vorbereitung.

Trotzdem veripart man die Auswirkungen der Weltkrise auch auf Island. Die Entwicklung zur Autarkie, die alle Länder erlitten hat, fordert auch für Island eine entsprechende Handels- und Handelspolitik. Nationalistische Kreise (die es auch hier gibt) fordern schon heute die Anlehnung der bisher an die dänische Krone angelehnten isländischen Währung an das englische Pfund. Die Aufgaben der inneren wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung liegen in vollem Umfang auf dem eigenen Staatshaushalt; die Staatsschulden können aber trotz aller Notwendigkeiten und Möglichkeiten nur so weit vermehrt werden, wie die Steuerkraft des Landes es zuläßt. Ueberdies kann sich das eingeführte und investierte Kapital nicht durch freie Disposition verzinsen, sondern muß sich mit einer Rendite im Inland begnügen oder sie innerhalb der Beengtheiten des Welthandels suchen.

Trotz dieser Schwierigkeiten, unter denen ja heute mehr oder weniger alle Staaten leiden, hat das moderne Island ein großes Plus aufzuweisen. Das Gemeininteresse ist vorherrschend. Die meisten europäischen Streitfragen sind vollkommen unbekannt. Die Nation ist ausgeformt. Eine alte festgefugte Kultur von europäischem Rang lebt und wird gelebt. Die Musik steht auf hoher Stufe. Nationale Kompositionen, eigene Sprache mit reichhaltiger Literatur, selbständige wissenschaftliche Forschungen sprechen von hohem Selbstbewußtsein. Klüftungen gibt es nicht. Verbrechen sind eine derartige Seltenheit, daß nur in der Hauptstadt Reykjavik ein — noch dazu sehr kleines — Gefängnis existiert. Der Wille der Selbstbehauptung ist ebenso groß wie der Wille zur Freiheit und weiß der isländischen Zukunft Weg und Ziel.

Im Jahre 1940 läuft der gegenwärtige Unionsvertrag zwischen Island und Dänemark ab. Drei Parteien werden dann um die Entschcheidung ringen. Die eine, von dem königlich isländischen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Kopenhagen, Svend Björnson, erkräftigt die Fortdauer der Personalunion mit Dänemark, unter Wahrung des Bündnisrechts. Die zweite verlangt die völlige Lösung von Dänemark und einen Protektoratvertrag mit England, aber sie ist klein und hat keine Chancen, sich durchzusetzen. Die dritte fordert die freie Königsmacht und bezeichnet ein ständiges, hartes Diktat.

Mit der isländischen Frage wird auch die grönländische Frage entschieden werden. Island und Dänemark besitzen hier die gleichen Ansprüche, aber auch Norwegen macht alte Rechte geltend. Vielleicht werden die Grönländer durch geistliche Aussöhnung dieser Rivalitäten 1940 die Autonomie erringen, die sie seit Jahr und Tag erstreben.

Dividendenberichte und Abstimmung. Dem deutschen Zeitungslieferer dürfte es aufgefallen sein, daß seit 23. März höhere Dividenden als 5 Prozent nicht mehr in den Zeitungen erscheinen. Die Besprechungen der Geschäftsberichte von Gesellschaften, die mehr als 5 Prozent ausschütten, enthalten lediglich die Bemerkung, daß die „bereits bekannte Dividende“ gezahlt oder daß eine unveränderte oder höhere Dividende als im Vorjahr zur Ausschüttung gebracht wird oder ähnliches. Be-

merktungen. Das höchste, wovon jetzt die Rede ist, sind 5 Prozent Dividende. Es scheint sich hierbei um eine vorübergehende Maßnahme für die letzte Woche vor der Abstimmung über die Reichstagsantragsliste zu handeln. Vom 29. März ab dürften wieder höhere Dividenden in den Zeitungen veröffentlicht werden. Wenn man schon nicht sozialistisch ist, scheinen möchte man es doch recht gern. Da hohe Dividendenberichte diesen Nimbus vielleicht doch schädigen könnten, verbietet man ihre Veröffentlichung lieber bis nach den Wahlen.

Die freudige Zustimmung zur NSDAP.

Ein kleines Bild aus der Propaganda

Ein Rundschreiben (Nr. 13/36) der Wirtschaftsprüfung Einzelhandel, Bezirksuntergruppe Konstanz, an ihre Mitglieder, das als vereinzelte Stichprobe deutlich zeigt, wie weit die vielgerühmte Begeisterung bei den Veranstaltungen im Dritten Reich auf Freiwilligkeit gegründet ist. Das immer wiederkehrende Wort „muß“ ist von uns hervorgehoben.

Nach einer Anordnung der Kreispropagandaleitung der NSDAP, und der Leitung der Wirtschaftsprüfung Einzelhandel muß diese Woche jedes Geschäft ein Schaufenster für die Wahlpropaganda umstellen (ausräumen), um das Schaufenster dem geforderten Zweck anzupassen. Es stehen vier verschiedene Entwürfe zur Verfügung, die für die Schaufenster-Dezoration in der Zeit vom 23. bis 29. März 1936 Verwendung finden sollen. Wer absolut nicht in der Lage ist, eine Schaufenster-Dezoration nach den Entwürfen durchzuführen, muß dem Schaufenster, das vollständig auszuräumen ist, folgendes Bild geben: Girlanden und Blumen und in der Mitte eine Blüte oder das Bild unseres Führers. Eine andere Dezoration ist unzulässig.

Wir bitten unsere Mitglieder auf unser Büro zu kommen (in der Zeit von 8—12 und 2—8 Uhr), sich einen Entwurf herauszusuchen und mitzunehmen. Dies muß natürlich sofort geschehen, da das Fenster sofort dekoriert werden muß.

Unsere Mitglieder erhalten ferner noch Plakate und Streifen für die Schaufenster und Verkaufslotale. Es darf kein Schaufenster und kein Verkaufslotal ohne diese Plakate und Streifen sein. Wir erwarten vollen Einsatz unserer Mitglieder an dieser Propagandaaktion. Beweisen wir damit auch nach außen hin, daß sich der deutsche Einzelhandel restlos hinter seinen Führer und Reichskanzler Adolf Hitler stellt.

47 Parteien?

Angaben des Reichstags-Handbuchs vom November 1932

In den letzten Propagandareden Hitlers lehrte u. a. als stereotype Wendung der Sach wieder, in dem Hitler von den 47 Parteien des republikanischen Deutschlands sprach. Wir wissen nicht, worauf diese Wendung bezogen ist. Das Handbuch des letzten deutschen Reichstages vor Hitlers Regierungsantritt — im November 1932 — zählt aber nicht 47, sondern 12 Parteien auf. Davon sind 6 Splittergruppen mit 1 bis 7 Reichstagsmitgliedern. Neben 6 Reichstagsfraktionen übrig, von denen Zentrum und Bayerische Volkspartei weltanschaulich und politisch so verwandt waren, daß man sie beinahe in eine Fraktion rechnen kann. Praktisch schrumpft die Behauptung über angeblich 47 Parteien der Weimarer Zeit auf fünf Fraktionen im Deutschen Reichstag zusammen.

Deutsch-Gläubige unter sich

Dinter gegen Bauer — Reventlow kehrt den Deutschen Gläubigen den Rücken

Bermutlich bekleidet der jüdische Rabbiner heute das Amt des „Reichsworters“ in der sogenannten „Deutschen Glaubensbewegung“. Der katholische und der evangelische Priester sitzen wahrscheinlich in der Redaktion des „Reichswort“ (Organ des altdeutschen Grafen Reventlow — Reichstagsabgeordneter der NSDAP. — D. Red.) Und der indische Buddha dürfte Privatsekretär des Professor Bauer sein. Der ganze buddhistisch — protestantisch — katholisch-jüdische Menschheitsbund in der „Deutschen Glaubensbewegung“ vereint! Mehr kann man nicht verlangen! Hallelujah!

So wettet Dr. Arthur Dinter, der Sünde-wider-das-Blut-Dinter, ebenfalls M. d. R. der NSDAP, in seiner letzten Februar-Monatszeitschrift seiner „Deutschen Volkskirche“, begründet, nach ihrem Untertitel: „Der Wollendung der Reformation und zur Wiederherstellung und Ausbreitung der reinen, von jüdischen und jüdenchristlichen Klüftungen befreiten, arisch-heidnischen Lehre Jesu“ (leider wörtliches Zitat! D. Red.) Beide typisch nationalsozialistischen religiösen „Erneuerungsbewegungen“, die Bauerliche „Deutsche Glaubensbewegung“, wie die Dinterische „Deutsche Volkskirche“ machen zur Zeit wieder Versammungen um die Wette in Deutschland, an beiden „arischen“ Wiederentworfungen sind die prominentesten Funktionäre, Minister und Oberpräsidenten, Polizeigeneräle und Gauleiter sehr aktiv beteiligt; beide Teutonen-Kirchen begehren ihre Prediger ausschließlich aus den Reihen derer mit dem „Goldenen Parteiabzeichen“.

Graf Reventlow aus der Deutschen Glaubensbewegung ausgeschlossen

In der neuesten Ausgabe des „Reichswort“, der bisher eines der führenden Blätter der „Deutschen Glaubensbewegung“ war, findet sich in Fettdruck folgende Mitteilung des Herausgebers:

„An die Leser! Aus nationalsozialistischen Gründen und religiösen Motiven bin ich aus der Deutschen Glaubensbewegung hiermit ausgeschlossen. Wegen des bevorstehenden 29. März beschränke ich mich heute auf diese Mitteilung.“ Graf Reventlow.

Man wird also noch etwas warten müssen, bis man von dem Krach in dieser nationalsozialistischen Organisation weiteres hört.

Nur noch dreimal wöchentlich Dönsfleischverkauf

In Baden trat, nachdem die Schweinefleisch- und Fettverknappung behoben ist, neuerdings eine Verknappung beim Dönsfleisch ein. Bevor diese Knappheit härter fühlbar wurde, haben die zuständigen Stellen eingegriffen und die Zuteilung von Schlachtopfen kontingentiert. Das Kontingent wurde auf 60 Prozent des Normalverbrauchs festgesetzt, wobei der Verbrauch in der Zeit von Oktober 1934 bis 1935 zu Grunde gelegt wurde.

Die Verknappung beim Dönsfleisch wird auf den erhöhten Militärbedarf zurückgeführt, bedingt durch die Vermehrung des deutschen Heeres und die damit zusammenhängende erhöhte Herstellung von Konjerven.

Um ein Hamstern möglichst auszuweichen, haben die Regierungsinformationen von sich selbst beschlossen, Dönsfleisch nur noch an drei Tagen der Woche (Dienstag, Donnerstag und Sonnabend) zu verkaufen.

Presse-Spiegel

Eden und sein Kampf

Ueber Edens „Dreifrontenrede“ schreiben die „Basler Nachrichten“: Die drei Fronten, mit denen Eden zu rechnen habe, zeichne sie so ab: Die öffentliche Meinung Englands; den Unwillen Frankreichs mit den zeitweise zu Tage tretenden Auslegungen des Londoner Memorandums, und drittens, die undurchsichtige Haltung Deutschlands. Die Stellung des Außenministers sei daher nicht leicht; er habe aber auch noch mit anderen Kräften zu rechnen. Darüber macht das Blatt folgende interessante Ausführungen:

„Eden hat nicht nur bei der aufgeregten Pazifisten verstreuten Opposition, sondern auch innerhalb der eigenen Partei mit heftiger Gegnerkraft zu rechnen. Die Machtkämpfe werden in England nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch zwischen den auf die Führung hinstrebenden Mitgliedern der jeweiligen Regierungsmehrheit mit schonungsloser Angriffsliebeidentität geführt, wenn auch in scheinbar höflicher Form. Diese Gegnerkraft stört weder die gesellschaftlichen Beziehungen, noch läßt sie sich durch diese hören. Winston Churchill erzählt in seinen Jugenderinnerungen, wie erkaunt er als jugendlicher Redner bei den Unterhausdebatten gewesen sei, als Sir William Harcourt, ein Gegner seines Vaters, Lord Randolph Churchill diesen mit bisfingiger Attacke bedachte, aber unmittelbar darauf ihn selbst, den Jungen, auf der Behudergalerie aufgesucht, und in behaglicher Laune sich voll Wohlwollen mit ihm unterhalten habe.“

Eden hat, um dem wirksamsten Redner unter seinen rüch-nichtigen Gegnern, dem alten Lloyd George, den gleich von vorneherein bevorstehenden Angriff zu erschweren, entschlossen gegen ihn die Offensive aufgenommen. Er hat dem allen gefährlichen Demagogen, der, obwohl Mißthöfer des fragwürdigen Versailler Vertrages, keine Gelegenheit vorbegehen läßt, seinen Nachfolgern Schwierigkeiten bei dessen allmählichen Umbau zu machen, das boshafte Kompliment serviert, er könne nun die letztere Rolle genießen, sein eigenes Auftreten in der Geschichte kritizieren zu dürfen. Der Befall des Hanties mag den unbeherrschbaren greisen Kämpfer befeuert haben, daß seine Ratschläge zur Befriedung Europas nach so schweren eigenen Schicksalungen beim Friedensschluß heute nicht mehr Vertrauen genießen.“

Umwälzung in Frankreich?

Ueber die Aussichten der Parteien bei der Kammerwahl berichtet die „Nationalzeitung“ aus Paris:

Schon stehen an allen Straßenenden die „pannoaux“, jene Holzplanken, die nach dem streng demokratischen Willen des Gesetzes allein die bunten Wahlplakate tragen dürfen, damit jeder Kandidat genug Raum für seine Propaganda erhält, keiner bevorzugt wird und der Wähler bequem alle Aufrufe und Gegenaufrufe nebeneinander findet und Gelegenheit zum Vergleichen und Abwägen hat...

Aber obwohl die Wahlreformverträge gescheitert sind und auch diesmal wieder nach dem alten Einmannwahlkreissystem mit zwei Wahlgängen gewählt wird, wird der Wahlkampf sich nicht so individuell verhalten, wie früher so oft. Es spüren's alle, daß es diesmal um das Schicksal Frankreichs geht und nicht um das Wohl eines Arrondissements. Die Parteigrenzen, oder richtiger, die der beiden großen Wahlschlüsse sind schärfer, und den geschickten Karrierepolitikern, die es weder mit rechts noch mit links verderben, sondern das Schicksal ihrer Kirchturmsinteressen geschickt zwischen den Strudeln und Untiefen der großen Probleme durchsteuern wollen, wird es diesmal erheblich schwerer gemacht.

Was die Parteikämpfe selbst anbetrifft, so kippt fast alles auf einen Erfolg der Linken. Der Rechten fehlen hervorragende Persönlichkeiten und zündende Wahlsprüche. Laval, Doumergue, Marin sind „abgenutzt“, sie haben durch ihr ministerielles Wirken in den letzten beiden Jahren an Zugkraft und Popularität eingebüßt. Lardieu und Bonnevieux haben sich dem Antiparlamentarismus verschrieben und auf eine Wiederwahl verzichtet. Der „Croux de Feu“ Doret de la Roque kandidiert nicht. Was bleibt — Scuriot, Dommenge, Wallat, Zettlinger, Ybarregaray — ist mindestens im Augenblick „zweitklassig“. Noch schlimmer steht es um das Wahlprogramm der Rechten, und ihr Propagandachef Henri de Kerillis, der selbst in einem Pariser Villenvorort kandidiert, hat seine Liebe verloren.

So gedrückt angefaßt alles dessen begreiflicherweise die Stimmung auf der Rechten ist, so gehoben ist sie auf der Linken. Das Riesenartell der „Volksfront“, die Radikalen, die Republikanischen Sozialisten, die Sozialisten, Kommunisten und einige kleinere Gruppen umfassend, verbürgt ihren geschlossenen Aufmarsch und sichert ihnen die Ueberlegenheit, die dem einheitlichen Vorgehen gegen zerplitterte Kräfte stets zuzuwacht. Der Kampf der Linken gegen den Faschismus, für die Verteidigung der republikanischen und demokratischen Freiheiten, gegen die Deflationspolitik Laval's, für strikte und konsequente Völkerverbundspolitik hat die Massen auf tiefste ergriffen. Die Auflagen der Linkspresse sind in stetig aufsteigender Entwicklung, voran die des „Demore“. Immerhin, es gibt auch hier einige Schwierigkeiten... Aber das sind alles zweitrangige Streitigkeiten und gegenüber der Rechten wird die Volksfront im Wahlkampf halten. Ob sie in der Lage ist, dann nach einem Wahlsieg die Regierung zu bilden, wird nicht zuletzt in ihren eigenen Reihen stark bezweifelt. Diese Ueberlegung wirkt sich nun wieder zugunsten der Rechten und der Mittelgruppen, der „modérés“, aus, die aber trotz allem die Fische werden bezahlen müssen. Es bedürfte ungewöhnlicher innen- und vor allem außenpolitischer Ereignisse, wenn sich das Blatt in letzter Stunde noch wenden sollte.“

Wieder Massen-Urteil wegen illegaler Agitation

Der Strafsenat des Oberlandesgerichtes Hamm beendete dieser Tage in Köln die Verhandlungen gegen 50 Angeklagte aus dem Kölner Bezirk. Fünf Angeklagte wurde freigesprochen. Eine Angeklagte erhielt eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Die übrigen Angeklagten wurden wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu Strafen verurteilt, die zwischen einem und zwei Jahren Gefängnis und zwischen einem und sechs Jahren Zuchthaus liegen. Im Zusammenhang mit diesem Prozeß wurde die Bevölkerung noch einmal darauf hingewiesen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen bereits derjenige mit strengen Strafen belegt wird, der illegale Schriften ankauft oder weitergibt. Das Vorhandensein solcher Schriften müsse der Polizeibehörde unverzüglich angezeigt und die Ablieferung rechtzeitig vorgenommen werden.

Primo de Rivera jun. — zwei Monate

Der Führer der spanischen Faschistenorganisation Jose Antonio Primo de Rivera ist gestern wegen Verschöpfung der Polizei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bekanntlich wurde er kürzlich zusammen mit 60 anderen Faschisten in der Hieronymus-Kirche verhaftet.

MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg - Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

1. Fortsetzung

Der Rittmeister umkreiste sie wie ein Betrunkener. Er erblickte kleine Einzelheiten übersah: einen ausgelatschten, unralten, zerfetzten und zerweichten Pantoffel, eine zerstückelte Kontervenbüchse, ein paar zerplitterte Schuppenstiele.

Von Osten her kam ein Hirt mit einer Schafherde gezogen, schlug aber vor den Ueberresten des Dorfes Gornitz einen Bogen. Das Gebell der beiden Hütehunde verlor sich in der Ferne.

Ueber den Bach führte keine Brücke, kein Brett, keine Steine waren gelegt, auf denen man hinüberbalancieren konnte. Und jenseits des Baches, wo die Villa Schumann gestanden hatte, war nichts als kahles Feld, das sich bis zu der kleinen Anhöhe, der Hügel genannt, vollständig den Blicken übersehbar bot.

Schumann ließ sich vorsichtig am Bachrand nieder, jede Neigung und Anklage eines Gelens zerlegte ihm den ganzen Leib. Daß er nie während der vier Jahre seiner Gefangenenschaft ein Lebenszeichen von zu Hause erhalten hatte, damit hatte er sich allmählich abgefunden. Niemand in diesen verfluchten sibirischen Lagern hatte eins bekommen. Er hatte zwar geschrieben, aber man wußte ja, wie es mit der Post ging. Daß seine Frau gestorben war, hatte er noch kurz vor der Gefangenennahme im Unterland durch einen Brief seines Schwagers aus Lemberg erfahren. In den Kindern hatte er nie besonders gehangen. Er hatte immer das Gefühl gehabt, daß jedes mit seiner Geburt ein Stück Leben seiner Frau geraubt hätte, und sie war auch immer dünner und blässer geworden, hatte sich aufgezehrt in der Abstoßung neuen Lebens.

Was Kinder! hatte er immer gebremst, wenn man ihm in der Familie Vorwürfe über seine Interesselosigkeit gemacht hatte. Sie trugen doch nur weg. Aber je weiter die Zeit in den Holzbaraden Sibiriens vorgeschritten war, desto häufiger waren Wünsche und Träume in ihm erwacht, desto untrüger hatte er sich an die drei Jenseits seines Lebens, das er vielleicht auf ewig in der russischen Fremde verbringen würde, erinnert. Der Schwager hatte ihm damals geschrieben, daß die Familie beschlossen hätte, die Geschwister sollten unter der Obhut des Dorfschmieds in Gornitz bis zur nun wohl baldigen Verdingung des Arztes bleiben; nach Rückkehr des Vaters würde sich ja dann alles entsprechend den Umständen regeln.

Gornitz hatte damals weit ab von der Front gelegen, als der Schwager diesen Beschluß gefaßt hatte. Sie war also herangekommen! Hatte das Dorf unter ihrem Tritt zertrümmert, war siegend vorwärts geschritten, war vernichtet, gelöhnt.

Schumann sah kleine Flammen über das Feld drüben züngeln, sah Häuser aus dem Boden wachsen. Wertwürdige, lust- und lichtdurchlässige Gebäude waren es. Sie schwebten im Winde hin und her, flüchtig leuchteten hinter ihnen sich bewegende Schatten jagende, wackernde Pferde, rasende Schatzgeschosse auf, die quer durch die Wälder hindurchschlugen. Nach ihm zum Himmel, das Dorf sank in sich zusammen, wieder war das Feld leer und kahl. Nur ein riesengroßer Mann, hoch wie ein Berg, wandelte mit einem Schwert auf dem Rücken bedächtigen Schrittes zum Bach hinab, warf mit einem ungeduldrigen Aus der Faust von der Schulter und schüttelte in das Wasser, unmittelbar vor Schumanns Füße, drei von Wunden zerplatzene Kinderleichen hin.

Der Rittmeister schloß vor Frauen die Augen, brüllte dem Ungeheuer marshallierte Seite entgegen. Dann riß er aus der Mantelfalte die Pistole, die er immer bei sich trug, und schloß rasch hintereinander jedesmal auf die richtige Gestalt, die lebend von Kinderleichen nachsch, die langsam im Strudel des Wassers sich zu dreien begannen und davonschwammen. Die Augen schloß er durch das Ungeheuer hindurch, liegen mit einem leisen Singen zum Himmel und zerplatzten dort wie Kaskaden eines Feuerwerks. Schamlos vor ihm wollte Schumann hinüber über den Bach, dem Körper seiner Kinder an die Reife. Da riß ihn jemand am Kragen, und unter dem Helm eines Gendarmen sprühte ihm ein wilder Blick entgegen:

„Sind Sie verwundet geworden? Was wünschen Sie denn hier höher in die Luft?“

Der Rittmeister lachte unter dem Griff zusammen, und da ihn der Gendarm losließ, fiel er auf die Erde.

„Der sind Sie eigentlich? Können Sie sich legitimieren? Der Wächter in der Wohnkammer Gornitz hat gemeldet, daß Sie hier herüber seien.“

Aber Schumann hörte die letzten Worte ihm gar nicht mehr, er lag fast reglos da. Nur sein überhöhter Atem kam in kurzen Schüben aus dem hoffnungslosen Munde.

„Schweiner!“, knirschte der Gendarm, „heißt man hier der Art noch Schweiner?“ Und mit einem Kopfnicken ergründete er den Wald, um die dort arbeitenden Holzschläger zum Abtransport des Hingekommenen zu alarmieren.

Man kann nicht sagen, daß Frau Wiesner ihr Feindbild, der Kaufmann Berner Schumann, sehr kompromittiert geworden wäre. Er behauptete zwar seit drei Jahren die beiden höchsten Vorderrängen, die auf die Rittmeisterwürde hinausgingen, und seine Anforderungen an ihre Pflichten als Witwe waren äußerst gering. Auch zahlte er bei weitem mehr als alle anderen Gendarmen, von denen kaum einer länger als drei Monate blieb. Aber es fehlte ihm jede Art mütterlichen Bedenkens, das Frau Wiesner als eingeborene Wienerin liebte, und man bestaunte sie sogar die allzu späte Zahlung der Rente mitemmer nach.

Auch schloß Schumann sein Schicksal und Schicksal ab, wenn er es wagte. Als er einmal, da er einen Brief verschicken wollte, zurückgekehrt war und Frau Wiesner bei dem einen Spinnwebstuhl abgelenkten Versuch getroffen hatte, den Brief über dem Dampf ihres Spinnwebstuhls zu öffnen, hatte er ihr mit seiner verhassten Höflichkeit erklärt:

„Wenn ich noch einmal, gnädige Frau, eine solche Bekundung, die mich verurteilt, sehr betrübt, machen möchte, wäre ich zu meinem größten Bedauern gezwungen, sofort aufzuhören.“

Er hatte eine so willkürliche Anstandsweise. Die Wiesner hatte ihn dafür. Sie gab ihm die allmählichen Handlanger, berechnete ihnen das Verdienst doppelt so hoch, kurz, fast alles, was eine Witwe verdienen kann, so gut sie gegenüber behauptet nicht geben hätte. Aber der Wiesner war er nun einmal unerschütterlich, und sie ließ sich, entgegen ihrer sonstigen Art, zu Anstandsworten verhalten. Die geradezu Hoß zeigte. Sie sprach mit dem Schamlosen, daß seinen Mann „alles zusammen ist“, und es rührte sie nicht, daß auf keinen Schatz, der ihm geradezu unendlich wert war, eine Kinderheiratung in einem kühnen Gendarmen Spinnwebstuhl angesetzt wurde. Nicht einmal die Hälfte seiner mütterlichen Vergewaltigung, von der nur die alte Dornschleife über seinen Kopf zeigte, hatte jemals die Dornschleife wie die Silber „Abendstunde“ und „Sonntag“ immer mit seinem Geringe eulterte, reichte sie. Ganz zu Beginn hatte sie es verstanden, daß man nicht in einem bestimmten Moment...

rod, in dessen Falten schon mancher harmlose Student verschunden war, auf dem Flur überraschen zu lassen. Aber Schumann war nur mit höflichem Gruß an ihr vorübergeschritten und hatte die Tür zum B. C. wie ihr es schien, unhöflich laut zugemacht.

Sie war unmutig in ihr Zimmer hinübergeschritten, wo das Bild ihres verstorbenen Gatten zwischen den Büsten von Schubert und Wagner in einem Goldrahmen moderierte, und hatte sich träumerisch gekränkt in die Sofaede gesetzt und sich gefragt, ob denn nun ihre Zeit vorüber sei. Sie ging verdußt bis zum nächsten Ertre herum, an dem ein junger Beamter einzog, der sie auf ihre dringende Bitte schon vom dritten Abend an in Ansehringen intensio beriet und ihren durch Schumann verletzten weiblichen Erobererwitz mit Zinlebens nach einem guten Abendrot befriedigte.

Was trieb dieser Schumann? Er verdiente, das war keine Frage. Er war mit einem bescheidenen Handloffer eingezogen. Wenn er jetzt vorübergehend fortzieht, nahm er zwei wundervolle Schrankloffer mit. Seine Garderobe war tadellos, die Wäsche auch. Frau Wiesner mußte das widerwillig konstatieren. Ab und zu erschienen herrliche ältere Herren mit Alfenmappen, fragten nach dem Herrn Rittmeister, konzentrierten mit ihm und verschwanden wieder. Frau Wiesner ließ durch den geöffniten Türspalt Schumann seine Besuche bis zur Klartut bealiten und vermerkte erkannt, daß sie sich immer besonders deuvt verabschiedeten. Abends sah ihr Mieter Reis zu Hause, ließ sich nur Teller, Gabel, Messer und Glas herbeibringen, verzehrte vom Selber mitgeschicktes Fleisch und - schrieb Briefe. Käufi Minuten vor elf rannte er herunter zum Briefkasten, immer etwas atemlos und gebebt, als brähte ein Veräumnen der Abgangspost ihm schweres Unheil.

Einmal, als er krank war, mußte er sich der Hilfe Frau Wiesners bedienen. Sie las im Schein der Straßenlaterne die Adressen: es waren die von Anstalts- und Detektivbüros in Berlin, Paris, Warschau usw. Dann kamen auch Briefe zurück, insbesondere solche, die an ein Fräulein Gabriele Schumann oder einen Herrn Rudolf Schumann gerichtet waren. Sie trugen die Stempel der verschiedenen Länder mit dem Vermerk: „Adresse unbekannt“ darunter.

So war es wenigstens das erste Jahr gewesen. Dann hatte die Korrespondenz mit „Unbekannt“ ziemlich aufgehört, und an seine Stelle traten Danken, Petroleumgesellschaften und Handelsfirmen, die als Abwender der für Schumann einlaufenden Briefe zeichneten.

Frau Wiesner schloß mit Schumann Sand an Sand. Einmal nachts war sie spät von einem Maskenball nach Hause gekommen und hatte sich gerade niedergelegt. Sie hörte wie immer durch das leichte Rauerwerk die Atemzüge ihres schlafenden Mieters und lächelte fast beruhigt dabei. Es war für sie Reis ein angenehmes Gefühl, so wie wenn sie auf ihre Ständer im Eszimmer blickte, die sich, wenn sie abgelaufen war, immer von selbst auf und abhinkte, als würde das immer so sein. Es vermittelte Frau Wiesner ein Gefühl der Verbindung mit der Welt. In dieser Nacht aber bekam sie einen unruhigen Schlaf. Sie hörte nebenan plötzlich Schumann mit einem wilden Gebrüll hochfahren. Ihr von Angst geblähtes Ohr vernahm, wie er vergebens das Licht anzuführen versuchte, die Lampe polternd herantrotzte und einen Stuhl umstieß. Schreierisch hüpfte sie aus dem Zimmer, trommelte an die Tür des Bankbeamten: „Herr Jaran, Herr Jaran, kommen Sie, kommen Sie herans, bei dem Schumann ist was los.“

Sie rüttelten an seiner Tür. Das Zimmer war veriperrt. Drinnen tobte Schumann: „Ich schick dich nieder! So sind sie? So sind sie?“

„Im Gottes willen, er ist verrückt geworden“, flücherte die Wiesner. Auch Jaran war blaß, aber er versuchte, sich angedrückt der entblößten weißen Schultern Frau Wiesners Haltuna zu geben. „Ich werde die Polizei holen, Nachhilfe“, versprach er. Aber die Knieflehen waren ihm sehr weich.

Auch die Victoria des Meinen, nach rückwärts gelegenen Zimmers erwichen jetzt auf dem Plan. Trotz ihrer Angst konnte sich Frau Wiesner eines leichten Abstrichs nicht erwehren. Diese Ferien trug einen zarten, weißen, gelben Fejama, und ihr gelbes, langes schwarzes Haar wand wie ein schöner Kranz um das bräunlich-belle Kallisten-Anflicht. Es war gerade, ein Girl aus der Gimes-Revue, das, angeht ihres unwilligen Berns in doppeltem Preis die frühere Tischstufenkammer in der Wiesnerschen Wohnung inne hatte.

Da im Augenblick des Lebens in Schumanns Zimmer verknümmte, Jaran Jaran, kein Versprechen, die Polizei zu rufen, mehr zu machen. Er glöbte krumm auf Gaudée, die ihm die Wiesnersche, wie er sie vor seinen Kollegen spöttelnd nannte, bisher verkörpert hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Wichtigster Millionen-Schmuggel

Transitische Verfassung

In der internationalen Schmuggel-Grenze bei London wurden der Wiener Kaufmann Jakob Goldstein und eine in seiner Verfassung befindliche junge Dame wegen betrüblichen Schmuggels des einmahligen Millionen Schmuggelvertrages verurteilt und ins Gefängnis in Mairparkhaus eingeliefert. Die Verfassung des Schmuggelvertrages erfolgte unter brennenden Umständen. Als der D-Tag die internationalen Grenze erreicht, gingen die internationalen Zollbeamten ein, um das Gebiet der Schmuggel zu verhindern.

In einem Urteil zweier Tage haben ein ungehöriger vierzigjähriger Mann und eine sehr elegant gekleidete junge Dame. Dem Zollbeamten fiel es auf, daß die Dame während der Bewegung ihres Körpers eine sehr große Bewegung zur Schau trug und die an sie gerichteten Fragen launig beantwortete. Da wurde sie plötzlich in der Schmuggelverfassung ein und nach dem Verurteilen wegen seiner einmahligen Art des Schmuggels verurteilt. Der Zollbeamte konnte erst nach langem und heftigem Kampf auf, das Urteil zu verurteilen und sich in das Gefängnis der Schmuggelverfassung zu bewegen. Dort konnten beide Personen einer Verurteilung unterworfen, wobei in dem Urteile des Schmuggelvertrages des Mannes eine Million Schmuggel, in der Verurteilung der Frau einmahl eine halbe Million Schmuggel verurteilt wurden. Die Schmuggelverfassung ist der Schmuggel, das es sich nicht um ein einmahliges Schmuggel handelt, sondern um die Schmuggel einer unerschütterlichen Schmuggelverfassung, der die beiden Verurteilten angehöhen.

Der Mitspender

In dem Roman „Mitspender“ arbeitet als Mitspender ein gewisser Kaufmann Bauer, eine jener großen, unerschütterlichen Geister, die nicht nur durch ihre höchsten Schmuggelverfassung aber auch durch ihre eigenen an den Schmuggel von dem Schmuggel zum Schmuggel bringen. Seit zwölf Jahren ist dieser Mann einer

Billige Tage für gute Waren!!

Erstklassige Toilette-Seifen	Spezialitäten!
<i>mild und rein</i>	Chypre-Kopfwasser -95
Eau de Cologne-Seife St. -45	Balsam, Mundwasser -95
Feinste Lilienmilch-Seife St. -45	Reine Eau de Cologne -95
la Cold Creamseife für empfindl. Haut St. -55	Blumen-Eau de Cologne -95
Große runde Badeseife (Flieder u. Orange) St. -55	Dreilieder-Gesichtswasser, extra mild -95
Fongère-Seife, Riesenstück „Stolz d. Firma“ -65	10 gute Rasierklingen -45 „Kartal“
Indische Blumenseife St. -75	la Rasierpinsel 1.10, -75, -65
Alt-Danziger Lavendelseife, extra fein St. -80	Alaunsteine -65, -45, -30
Lanolinseife St. -20 u. -35	Rasierapparate von -95 an
Blumenseife St. -30	Rasiernäpfe von -30 an
Rosen-Glycerinseife unsere Spezialität St. -45	Zahnbürsten -70, -50, -40
Hochfeine Rasierseifen -25	Gummischwämme 1.25, -95, -75
Preislagen mild und gut schäumend -48	Seiltücher -65, -35
-55	Handbürsten -65, -48, -35, -22
Geschmackvolle Parfüm-Kartonagen mit Seife	la Kleiderbürsten, Restposten, jedes Stück -95
Eau de Cologne-Kartonagen von 2.45 an	Moderne Haar-Reifen in Celluloid und Metall von -35 an
Lavendel-Kartonagen von 2.95 an	Seifendosen 1.10, -65
la Verbandwatte -85, -48, -25	Frisierschleier -95, -75
Toilettepapier -58, -38	Schwammbeutel 1.95
Brotpapier -40, -75	Handschere -95
	Nagellack, weiß, rosa, rot, gr. Flasche m. Pinsel -95
	perlmutt 1.25

„Drei Lilien“

Parfümerie / Kunstgewerbe

Danzig | **Langfuhr**

Langgasse 13 | Rd.-Hilfer-Strasse 60

Rikazer die Original englische Rasier-Klinge 10 Stück 1.10

Glissetta-Hautcrème, die erstklass., hochfein parfüm. Tagescrème kl. Tube -85, gr. Tube 1.20, Topf 1.25	Halina Sommer-sprossen-Crème unerreicht! 1.50, 1.80, 2.50, 2.80, 3.50 einfach u. verstärkt
Dreilieder-Hautcrème von ungewöhnl. Heilkraft kl. Dose -50, gr. Dose -90	Eau de Cologne Marocain die feine Spezialmarke 1.65, 2.60
Mousson-Sportcrème Perl-Hautcrème Restposten, jede Tube -50	Flüssige Hemalseife in allen Farben 1.50, -95
Nagelsteine Tippu Tipp -45	Augenbrauenstifte -35
Feine Blütenparfüms -95, -75	Lockenwickler 5 Stück im Beutel -75
Blumen-Hazöl -65	Hochfeine Toilettepulver in allen Farben, Beutel -45

der begehrtesten Mitspender in den Pariser Hospitälern. Er hat in dieser Zeit nicht weniger als 27 Liter Blut Kranken abgesehen. Vermutlich hält er in dieser Beziehung einen Weltrekord. Dabei hat er nur ein einziges Mal Unannehmlichkeiten gehabt, und zwar an einem Tage, wo ihm fünfmal hintereinander, zusammen etwa anderhalb Liter Blut, abgenommen wurden. Damals fühlte er sich etwas schwach. Aber sonst ist es für ihn ein Kinderpiel, 300 bis 500 Gramm Blut zu verlieren. Er ist jung, frisch und immer guter Laune, ein großer Gaffer, der aber keinerlei Diät befolgt. Er ist jetzt für das Kreuz der Ehrenlegion wegen seiner anspornenden Tätigkeit vorgeschlagen worden.

Tod eines heldenhaften Hundes

In Washington verstarb einer der berühmtesten Hunde des Weltkriegs, der Liebling des ersten Expeditionskorps der „American Legion“, Kuggs, im Hause seines Pflegewaters Colonel Harbenburgh. Kuggs war ein Drahthaarier, der von dem amerikanischen Soldaten Jimmie Donovan herrenlos auf der Straße in Paris aufgelesen und mit ihm die Front genommen wurde. In den Argonnen hat Kuggs die schwersten Kämpfe mitgemacht, sich als ein wahrer Held erwiesen, wurde verwundet und gasbergig, überlebte aber mit seiner Truppe alle Leiden. Er war der beste Helfer der Armee und verlor, mitten im Trümmelhaufen seinen Weg zu finden. In den Kämpfen verlor er ein Auge, verlor aber seinen Dienst bis zum Waffensstillstand weiter. Er wurde auch einmal auf einem Gefechtsfeld abgeschossen. Der Beobachter, der ihn mitgenommen hatte, sprang im Folgeschritt herunter. Der deutsche Flieger, der in den Armen des Mannes einen Hund sah, soll der Legende nach das Feuer sofort eingestellt und sogar durch Winken das Tier begrüßt haben. Scharflos landete Kuggs unterseits. In Amerika ist eine Biographie von Kuggs erschienen, die seine großen Taten und seine großen Schmuggelverfassung aber auch seinen ehemaligen Kriegslameraten verurteilt, ihn in Washington zu bejagen.

Vor der Ueberreichung der Gegenvorschläge

Die Dardanellenfrage immer mehr im Vordergrund

Heute wird die deutsche Regierung ihre angekündigten Gegenvorschläge überreichen. Welcher Art sie sein werden, ob sie den von England gemäßigten „Beitrag“ enthalten werden, oder ob sie im Grunde weiter auf eine Wiederholung der bekannten Argumente und Gegenargumente hinauslaufen — darüber gibt es nur Vermutungen. Jedenfalls sind Ueberreichungen nach dieser oder jener Seite durchaus möglich. Aber wie dem auch sei — mit der Ueberreichung dieser Vorschläge wird ein neuer Abschnitt der sogenannten Locarnoverhandlungen beginnen, der nicht nur das Verhältnis Deutschland-Frankreich-England berührt, sondern Probleme anspricht, die bisher nur am Rande sichtbar geworden sind. Wir haben kürzlich darauf hingewiesen, daß die Türkei die Dardanellenfrage anzuschneiden beabsichtigt. In der Zwischenzeit haben hierüber weitere Besprechungen stattgefunden. Außenminister Flandin hat über die Frage der Wiederbefestigung der Dardanellen gemeinsam mit Litwinow, dem türkischen Außenminister Nuschi Nras, dem tschechoslowakischen Gesandten Duffin und dem jugoslawischen Gesandten Puric konferiert. Die Türkei hatte schon längst die Absicht, auf eine Befestigung der Dardanellen des Rautarner Vertrages zu drängen. Unter Bezugnahme auf die deutsche Aktion in der Rheinlandzone hat nunmehr die Türkei ihren neuen Antrag zur Befestigung der betreffenden Vertragsklausel eingeleitet.

Die türkische Regierung hat die Unterfertigung Russlands auf ihrer Seite, und die Sowjetunion scheint auch einen gewissen Einfluß auf die Türkei auszuüben, daß diese die Erlaubnis durchsetzen kann, an den Dardanellen und im Schwarzen Meer die Befestigungen wieder aufzubauen, so daß das Schwarze Meer wieder ein „geschlossenes Meer“ würde. Dies hat verschiedene Gründe. Zunächst ist Russland militärischer Bundesgenosse der Türkei, und dann haben auch beide Staaten ein großes Interesse daran, das Schwarze Meer für feindliche Kriegsschiffe geschlossen zu halten. Die Hälfte des russischen Seehandels geht über Odessa, und Baku ist als Petroleumstadt von Wichtigkeit, da Russland nicht nur die Ausfuhr, sondern auch seinen eigenen Bedarf in Baku deckt. Aus ähnlichen Gründen wie Russland und die Türkei ist auch Rumänien an einer Abschließung des Schwarzen Meeres interessiert, und es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die türkische Forderung von Rumänien unterstützt werden wird.

Die Besprechungen zwischen Flandin, Litwinow und Nuschi Nras sollten Näheres über den einflussreichen Weg offenbaren. Litwinow schlug vor, Frankreich solle die Türkei in der Frage der Dardanellen unterstützen, wenn England nicht bereit sei, Frankreich in der Rheinlandzone zu helfen. Litwinow soll darauf hingewiesen haben, daß England mehr Interesse daran habe, daß die Türkei die Dardanellen nicht besetze, als Frankreich daran, daß Deutschland das Rheinland demilitarisiere. Russland ist besonders daran gelegen, daß das Schwarze Meer für fremde Kriegsschiffe geschlossen werde, da es den großen Teil seiner U-Boot-Flotte im Schwarzen Meer stationiert hat, deren genaue Stärke übrigens geheimgehalten wird. Auch viele seiner neuen leichten Kreuzer liegen dort, und wenn die Dardanellen wieder befestigt würden, könnte Russland diese Flotte leichter vor Angriffen schützen, selbst aber vom Schwarzen Meer aus in das Mittelmeer vorstoßen. Hier stehen aber lebenswichtige englische Interessen auf dem Spiel. England hat nicht umsonst — nach erfolgtem Kampfen um die Dardanellen-Meerenge während des Weltkrieges — die Entmilitarisierung dieser Durchfahrtsstraße in den späteren Friedensverträgen durchgesetzt.

Festsetzung der Generalstabs-Besprechungen

Die englische Regierung stellt die Mittelstufen auf

Wie Press Association meldet, wird das britische Kabinett am Mittwoch den Zeitpunkt für die geplanten Generalstabs-

Besprechungen zwischen England, Frankreich und Belgien festsetzen.

Der französische Botschafter sprach am Montag im Foreign Office bei Außenminister Eden und später auch bei Sir Robert Balfour vor. Zweck der Unterredung soll, wie Press Association berichtet, die Erörterung dieser Voraussetzungen gewesen sein.

Ministerpräsident Baldwin verneinte am Montag im Unterhaus die Frage, ob an den im Weltkrieg vorgegebenen Generalstabsbesprechungen auch der Verteidigungsminister oder irgendein anderer Minister teilnehmen werde.

Italien geht auch nach Brüssel

Zu der geplanten neuen Zusammenkunft der Locarnomächte in Brüssel wird von italienischer Seite erklärt, daß wahrscheinlich auch Italien daran teilnehmen werde, obwohl es die bereits angemeldeten Vorbehalte aufrechterhalte. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Zusammenkunft mit den beabsichtigten Besprechungen der Generalstabe nichts zu tun habe.

Neuer Angriff der Italiener

Wichtige Knotenpunkte befeht

Im italienischen Heeresbericht Nr. 168 heißt es u. a.: „Marschall Badoglio telegraphiert: Nach dem Siege im Egipten-Gebiet haben unsere Truppen, die den Takafestung übergriffen haben, den Vormarsch in das Gebiet zwischen Woldebba und Seltentit fortgesetzt und haben im Laufe des gestrigen Tages nach Ueberwindung erheblicher Geländeschwierigkeiten den fast unersteigbaren Gebirgspass von Lemalemo überschritten und den Hauptort des Bogera-Gebietes, Debarek, einen bedeutenden Punkt dieses Hochlandes, befeht.“

In Durchführung des großen Operationsplanes des Oberkommandos für Ostafrika ließ das 3. Armeekorps auf dem Gebiet von Genecora vor und erreichte gestern nach einem anstrengenden Marsch den Hauptort des Wag-Gebietes, Socota, einen sehr bedeutenden Karawanen-Knotenpunkt, der auf der von Doffie und Abdiss Albeha in das Gebiet des Tanafes und nach Gobjam führenden Straße liegt. Die Befestigung von Socota schafft einen Stützpunkt für den weiteren Vormarsch.

Am der Entfessungs-Front ist ein Flugzeug nicht zu seinem Stützpunkt zurückgekehrt. Im Laufe des gestrigen Tages besetzten 33 Flugzeuge der Luftwaffe an der Somali-Front im Rahmen eines Massenangriffs die Stadt Harrar mit Bomben. Dabei wurden wohlbekannte militärische Ziele mit sichtbarem Erfolg getroffen. Trotz der heftigen Luftabwehr erhielt kein Flugzeug einen Treffer.“

Zu den Meldungen, wonach der Präsident des Dreizehner-Ausschusses, Madariaga, in Rom eingetroffen sei, wird von ausländischer italienischer Seite erklärt, bei römischen amtlichen Stellen lägen keine Nachrichten über diese Reise vor. Sollte Madariaga tatsächlich nach Rom kommen, so werde Italien selbstverständlich in eine Aussprache mit ihm eintreten, die allerdings vorerst nur Verfahrensfragen betreffen könnte.

Das abessinische Hauptquartier meldet

daß die Ortschaft Jnda Mehoni am Tamba Mlagi seit zwei Tagen starken Gasbombenangriffen italienischer Flugzeuge ausgesetzt sei. Ein Flugzeug sei in Brand geschossen worden. Zur militärischen Lage meldet das Hauptquartier, sie sei sehr zufriedenstellend.

Das Oberhaus und die Giftgase

Im Oberhaus fand am Montag eine Aussprache über die Verwendung von Giftgasen durch die italienischen Streitkräfte in Abessinien statt. Lord Cecil wies auf ein Telegramm des Negus hin, in dem die Italiener beschuldigt werden, Giftgasbomben abgeworfen zu haben. Lord Halifax er-

klärte im Namen der Regierung u. a., es wäre unheilvoll, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit durch andere Vorgänge auf internationalen Gebiet von dem Krieg in Abessinien abgelenkt würden. Wenn die Gerüchte über die Verwendung von Giftgasbomben durch die Italiener zutreffen sollten, dann dürfe der Dreizehnerausschuß des Völkerbundes das nicht als bedeutungslos behandeln. Es würde dann auch die Pflicht der britischen Regierung sein, sich eifrig zu bemühen, nicht nur eine praktische Beurteilung eines so großen Verbrechens gegen die Zivilisation zu erzielen, sondern auch alle sonst möglichen Schritte zu tun, um die Welt vor der Wiederkehr eines solchen Verbrechens zu schützen.

Englands Flottenprogramm 1936

Geheiligte Seerüstungen

Die englische Regierung wird nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ bis zum Jahresende folgende Kriegsschiffe in Auftrag geben: zwei Großkampfschiffe, fünf Kreuzer, einen Flugzeugträger, mindestens zwölf Zerstörer und eine noch unbekannt Zahl von U-Booten und Schalluppen. Diese gewaltigen Aufträge ergeben das größte Flottenbauprogramm, das England seit dem Weltkrieg aufgestellt hat. Drei weitere Kreuzer werden voraussichtlich im Sommer 1937 in Auftrag gegeben werden. Die genannten Schiffe umfassen eine Gesamttonnage von 175 000 Tonnen. Die Kosten belaufen sich auf rund 35 Millionen Pfund.

Im Rahmen des neuen Gesamtprogramms der englischen Flotte stellen die genannten Aufträge jedoch nur den ersten Abschnitt dar. Das Fünfjahresprogramm sieht den Bau von 25 neuen Kreuzern und einer großen Zahl von Großkampfschiffen, Zerstörern, Schalluppen und U-Booten vor.

„L 229“ nach Südamerika gestartet

Das Luftschiff „Hindenburg“ ist heute morgen um 5.28 Uhr zu seiner ersten Südamerikafahrt gestartet. Um 8.15 Uhr lag das Luftschiff gerüstet für die große Fahrt in der Halle. 55 T. Betriebsstoff, ausreichend für 120 Flugstunden, 50 K. Post, 2 1/2 T. Proviant, 1500 K. Fracht, darunter ein Opelwagen, waren im Laufe des Tages an Bord geschafft worden. Nach 4 Uhr trafen Besatzung und Fluggäste in der Halle ein. 36 Fahrgäste erledigten die notwendigen Formalitäten und bestiegen durch das Falkrey das Luftschiff. Dr. Eckener nimmt an der Fahrt als Beobachter teil.

Die Auswirkungen des Rhönix-Krachs. Eine weitere, in ihrer Tragweite noch gar nicht abzuschätzende Verwicklung im Falle der Rhönix-Lebensversicherungs-Gesellschaft hat sich durch die Frage der Vereinigung der finanziellen Schwierigkeiten beim tschechoslowakischen Zweig dieser Gesellschaft ergeben, bei dem eine Unterdeckung der Prämienreserven von schätzungsweise 80 bis 120 Millionen Schilling vorhanden ist. Die zuständigen tschechoslowakischen Stellen stehen nun auf dem Standpunkt, daß auf Grund eines zwischen Österreich und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Vertrages über die Privatversicherung die österreichischen Versicherungs-Gesellschaften für die Schadloshaltung der Versicherungen in der Tschechoslowakei haften, d. h. in diesem Falle, daß der österreichische Rhönix zur Auffüllung der Prämienreserven des tschechoslowakischen Rhönix verpflichtet wäre. Desterreichischerseits soll dieser Vertrag jedoch anders ausgelegt werden. Wie diese Gegensätze ihre Klärung finden werden, ist noch nicht sichtbar.

Neuer Schupfkommandeur in Berlin. Der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei Berlin, Oberst i. S. Dillenburger, tritt infolge Erreichung der Höchstaltersgrenze in den Ruhestand. Der Reichs- und Preussische Minister des Innern hat als seinen Nachfolger den bisherigen Kommandeur der Landespolizei-Spionage Hanja, Generalmajor Dr. Münchhausen (Hamburg), mit der vorläufigen Führung der Berliner Schutzpolizei beauftragt.

Kommandant Abrial greift ein

Eine Geschichte aus dem Geheimdienst

Von Pierre de Brillacque

Am Fenster der kleinen Wirtschaft in Sarcelles sitzt Jacques Lavešne, Sonderkommissar des Sicherheitsdienstes, und horcht in sichtbar Spannung auf jedes von draußen hereindringende Geräusch. Warum kommen sie nicht, Sie müßten doch längst hier sein. Und was bringen sie eigentlich? Warum gab der Chef selbst ihm keine näheren Details? Er muß etwas tun. Er fühlt, es ist notwendig. Er winkt seinem Kameraden, „Los Prosper, wir fahren ihnen entgegen!“

Zwei Motorräder brausen in die dunkle Nacht hinaus. Nach kaum zwei Kilometern stoppen sie. Blendender Lichtschein erhellt die Landstraße. Beim Näherkommen gewahren sie die Umhänge, ein brennendes Auto. Mit aller notwendigen Vorsicht nähern sie sich. Fünfzig Schritte von der Unglücksstelle gewahren sie ein zweites Auto, einen schweren Packard mit abgeblendeten Lichtern. Die Insassen, zwei Herren von vornehmen Äußeren, stehen an der brennenden Limousine. Aber sie haben offenbar erkannt, daß sie hier nicht mehr helfen können. Als die beiden Beamten näbertreten, sagt der eine der Fremden zum anderen: „Nichts mehr zu machen. Alle drei sind tot. Fahren wir zur Marie-Anne!“ Dann fahren sie davon.

Vorsichtig öffnen die beiden Beamten die Tür des immer noch brennenden Wagens. Zwei elegant angezogene Herren und eine junge Dame blicken sie mit weit aufgerissenen, erschrockenen Augen an, in denen sich noch der Schrecken des Todes spiegelt. Ihre kleinen Handkoffer enthalten nur unwichtige Kleidungsstücke. In ihren Briefstücken befindet sich kein einziges Stück Papier. Nur in der Westentasche des einen steckt ein vielfältig zusammengefalteter, unbeschriebener Briefbogen, Lavešne steckt ihn vorsichtig, ihn nur mit den Fingerspitzen berührend, in seine Brusttasche. Dann schließen beide die Tür des Autos, fahren davon, verständigen von der nächsten Wirklichkeit aus die Gendarmerie, laufen nach Paris.

In seiner Wohnung untersucht Lavešne das gefundene Papier. Er beandelt es nacheinander mit den verschiedensten Reagentien, jedoch ergebnislos. Als er aber Chloracetatdämpfe anwendet, erscheinen auf dem weißen Papier kaum sichtbare braune Schriftzüge. Er liest:

„Dienststelle A an Z 21. Erfahren, daß Z 39 verhaftet ist und auf Drohungen Geständnis ablegte. Sofort Nr. 17, 33 und 119 warnen. Mit Nr. 383 und 41 zurückkommen. Mission Majorie erledigt, aber Papiere Mission Myosotis übergeben. Vermittler 24 benutzen. Vorsicht bis Paris.“

Lavešne pießt langsam durch die Zähne.

Eine Stunde später erhält er dem Chef des zweiten Büros Bericht. Kommandant Abrial hört ihn schweigend an. Er sieht in diesem Augenblick alt und fast müde aus. Erkennt nicht den Lavešne an. „Ist der Fall schwerwiegend, Kommandant?“

Kommandant Abrial nickt sehr ernst. „Unsere Gasabwehrpläne sind geklopft. Z 21 gelang es, sie wiederzubegeben, bevor sie kopiert und weiter gegeben werden konnten, und schließlich die Pläne unserer Gegner zu erbeuten. Beide

Papiere bilden das Dossier Myosotis. Die drei Toten waren auf dem Wege, es uns zu bringen. Der Autounfall war ein Zufallswort.“

„Ich übernehme die Sache selbst. Meine volle Verantwortung ist im Spiel. Die drei Toten waren nicht die Erstbesten. Sie gehörten zu meinen erfolgreichsten Leuten. Sie arbeiteten aus Idealismus, nicht aus Geldgier. Z 21 und seine Frau Z 39 gehörten der ersten Pariser Gesellschaft an; ihr Freund Z 401 sprach acht Sprachen.“

„Lassen Sie uns zusammenarbeiten, Kommandant!“

Kommandant Abrial blickt den jungen Beamten ernst und prüfend an. Dann nickt er. „Gutverstanden! Aber wo wollen Sie beginnen? Wir haben nicht die geringsten Spuren!“

„Sie vergessen die Marie-Anne“, Kommandant!“

„Und? Was nützt das? Der Name ist wahrhaftig häufig genug!“

„Doch, Kommandant! Wäre die Marie-Anne eine Frau, so würden die beiden Fremden, die, wie ich schon sagte, ein ausgezeichnetes Französisch sprachen, kurzweg Marie-Anne gesagt haben. Der Artikel vor dem Namen deutet etwas anderes an. Allem Anschein nach ist die Marie-Anne ein Schiff. Ich habe lange darüber nachgedacht und wollte zuerst nach Andriès hinausfahren. Aber dort liegen nur Vergnügungsboote, und die heißen nicht Marie-Anne, sondern mehr poetisch Phoebe, Martie, Cormoran, oder ähnliches. Aber wie wäre es, wenn wir zum Handelshafen von Saint-Denis herausfahren würden?“

„Ich glaube, daß Sie Recht haben. Fahren wir!“

Zwanzig Minuten später halten beide vor dem Flughafen von Saint-Denis. Es stimmt. Der Hafendirektor bestätigt, daß ein Kohlenklopfer „Marie-Anne“ fünf Tage lang hier verankert lag. Der Kapitän wies sich ordnungsmäßig als Holländer von Huzgen aus. Vor einer halben Stunde fuhr das Schiff in der Richtung des Durca-Kanals ab.

Kommandant Abrial hört gar nicht mehr hin. Er fährt hinaus, und beide rasen in irrsinnigem Tempo die Landstraße nach Epervan entlang.

Auf halber Strecke sehen sie das gesuchte Schiff ruhig am Ufer liegen. Kommandant Abrial und Kommissar Lavešne springen an Deck. Revolver in der Hand. Das Schiff ist verlassen. Sie durchsuchen es. In der Kapitänskajüte entdecken sie einen Kurzwellensender. Doch was nützt der Sender ohne den erforderlichen Geheimcode? Auf dem ganzen Schiff befindet sich nicht ein Stück Papier, außer einer Schreibmappe mit etlichen weißen Briefbögen.

Nachdenklich spielt Lavešne mit den weißen Bögen. Plötzlich flucht er. Eines der Blätter ist dicker als die anderen, sieht sich an einzelnen Stellen rau an. Er hält es gegen das Licht, und höft einen Fremdenfahrl aus. Das dicke Blatt besteht aus zwei kunstvoll zusammengeklebten dünnen Blättern, zwischen denen sich ein Blatt weißes Seidenpapier befindet, auf dem mit einer feinen Nadel Buchstaben und Worte eingestrichelt sind. Der Rest ist die Arbeit einiger Sekunden. Dann ist der Code abgegriffen.

„Zum Sender!“

Kommandant Abrial schaltet den Strom ein. Die Lampen leuchten auf. Der Apparat jurrt. Abrial sendet, im Geheimcode des zweiten Büros. Man antwortet. Die Unterhaltung ist von fast tragischer Größe.

„Hier liegender Posten, Geheimdienst, Indicatif Abrial.“

„Hören Abrial, Indicatif Paris.“

„Hören Abrial, Indicatif Nancy.“

„Marseille, Geheimdienst, für Indicatif Abrial.“

„Lyon am Hörer... Indicatif Abrial.“

„Brest, Marinendienst, für Indicatif Abrial.“

„Alle am Hörer, für Abrial.“

„Posten Abrial. Bitten am Hörer zu bleiben, um genaue Lage von zwei Posten zu ermitteln, die sofort in Geheimsprache funken werden.“

„Verstanden Marseille.“

„Verstanden Paris.“

„Hier Brest. Verstanden bis auf beide Schlussworte. Wiederholen.“

„Verstanden Nancy.“

„Verstanden Lyon.“

„Indicatif Lille... Uebertragung gestört.“

„Posten Abrial. Wir wiederholen.“

Kommandant Abrial blickt auf. Er ist kreideweiß. Jetzt kommt die Entscheidung. Er ruft den unbekanntem Gegner an.

„Hier van Huzgen. Antwortet sofort.“

Keine Antwort.

„Hier van Huzgen. Antwortet sofort.“

Der Apparat schweigt. Abrial überlegt. Ah, jetzt hat er's.

„Hier Marie-Anne. Van Huzgen. Antwortet...“

„Indicatif Stamborg. Sind am Hörer.“

Abrial atmet tief auf. Jetzt will jedes Wort reiflich überlegt sein.

„Alle Dispositionen für Transport der Myosotis-Akten ändern.“

„Kronfeld fahrtbereit mit Bugatti, wie vereinbart.“

„Angebrannt. Würde an der Grenze verhaftet. Haben Abrial erwirkt. Hat, bedroht, Aktionsplan gegen euch einreichten.“

„Werden sofort Schloß verlassen.“

„Notwendig dortzubleiben. Nicht rühren bis neue Weisung. Vernichte Sender, um Grenze zu erreichen. Sende dann sofort Hilfe.“

„Gut. Falls Verhaftung Papiere Rembrandt.“

Abrial brennt vor Begierde, die Bedeutung dieses Satzes zu erfahren. Aber eine unvorsichtige Frage kann alles verderben.

„Verstanden.“

Er wartet eine Stunde, um den Gegner nicht unnötig zu warnen. Dann ruft er die einzelnen Sender wieder an, holt sich den Teilungsbescheid. Der Gegner ist innerhalb eines Viertelstündes im Departement Nièze, das durch die Dörfer Pernaud, Baux-Mercin, Saint-Pierre-l'Église, Coevure und Cutry bezeichnet wird. Es gibt hier nur ein einziges, halbverfallenes Schloss, das von einem angeblichen Amerikaner und seiner Dienerschaft bewohnt wird. Die Sache ist einfach.

Abrial und Lavešne rufen die Präfektur Coiffons an, verlangen zwanzig Polizeibeamte, rasen im Eiltempo an den vereinbarten Treffpunkt in Coevure. Das Schloss wird umstellt. Die Beamten dringen ein. Ohne Widerstand zu finden legen sie den überraschten Epionen die Handgelenke an. An der Wand hängt ein imitiertes Rembrandt. Abrial läßt ihn abnehmen. Hinter dem Bild befindet sich ein vorzüglich kopiertes Handversteck. Darin liegen, unverfehrt, die einzelnen Papiere des wertvollen Dossiers Myosotis.

Drei Stunden später befinden sich die Gasabwehrpläne Frankreichs und die Gasangriffspläne des Gegners im Besitz des zweiten Büros des Generalstabs.

REK.

Die Danziger Sozialdemokratie marschiert

Eine Konferenz der drei Landkreise

Zum Sonntag hatte der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig die Vertreter sämtlicher drei Landkreise wiederum zu einer Konferenz in das Lokal „Bischöfshöhe“ geladen.

Der Redner, Abg. Arthur Brill, hatte es sich angelegen sein lassen, die Konferenzteilnehmer in erster Linie über die augenblickliche europäische Lage und die besondere Danziger Situation zu orientieren.

Bezirks-Versammlung in Langfuhr

Wieder Renaufnahmen

Am Donnerstag fand in Langfuhr die monatliche Mitglieder-Versammlung zweier Langfuhrer Bezirke der Sozialdemokratischen Partei statt.

Bezirksversammlung in Bürgerwiesen

Dieser Tage hielt der 23. Bezirk der Sozialdemokratischen Partei (Bürgerwiesen) eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung ab.

Die beiden Amazonen

Aktenfälsche und Schüsse als Waffen

Zwei Vertreterinnen des zarten Geschlechts, die noch außerdem Verwandtschaftsbande verknüpften, waren aus irgendeinem Grunde in Feindschaft geraten.

Die Schiedungen beim Tiefbauamt. In dem Prozeß gegen die drei ungetreuen Angeklagten beim Städtischen Tiefbauamt, Groß-Fuher und Pflanz, ist wiederum eine Pause eingetreten.

Verunglückte Motorradfahrer. Sonntag morgen fuhr der Schloffer Galka mit dem Sattlermeister Weige, Seide

aus Neuteich, auf dem Motorrad nach Danzig. Als sie sich in Gottswalde dem Bahübergang näherten, überquerie gerade die Kleinbahn die Chaussee, so daß sie stark bremsen mußten.

Terror!

In der vergangenen Nacht, kurz vor 4 Uhr, wurden in dem Kolonialwarengeschäft von Franz Krzywicki, Hinter Adlers Brauhaus, wieder mal einige Scheiben eingeschlagen, und zwar mit einem Stock.

In Westlich Neufahr wurde gestern abend, gegen 10 Uhr, vor dem Hause eines Sozialdemokraten eine mit Karbid gefüllte Flasche zur Explosion gebracht.

In Ohra kam es gestern abend, gegen 9 Uhr, ebenfalls zu einem Zwischenfall. Auf einem Hofe an der Bauriedel-Straße (früher Nabaunestraße) wohnt ein Arbeiter Goch, dessen Fensterscheiben mit den Häuten zertrümmert wurden.

Die Sucht nach Morphinum

Eine Untersuchung gegen Dr. Brauns in Heubude - Das Wohlfahrtsamt betrogen?

Gegen den Arzt Dr. Brauns in Heubude läuft zurzeit eine Untersuchung durch die Kriminalpolizei, die ermitteln soll, ob Dr. B. das Wohlfahrtsamt geschädigt hat.

Zur Einsegnung

- Bowlenwein ... Fl. 1.90
Rotwein ... Fl. v. 1.90
Süßwein ... Fl. v. 2.80
Tarragona ... Fl. v. 2.00
Malaga ... Fl. v. 2.25

Vom Faß: Süßwein, Tarragona, Rotwein Liter 2.25
Woythaler
Hundegasse 15 Langfuhr, Ad.-Hitler-Str. 64

Schlachtviehmarkt in Danzig

Wöchentliches Bericht vom 31. März 1936
Preise für 50 kg Lebendgewicht in Danziger Gulden

Table with columns for different types of livestock (A. Rinder, B. Kühe, C. Schweine, D. Pferde) and their respective prices per 50kg live weight.

Wachstums- und Ferkel, 12 Ferkel, 13 Ferkel, - Drefler, außerdem 193 Rinder, 215 Rinder, 45 Schweine, 1437 Schweine.

Unsterbliche Geigen

Ihre Geheimnis und ihr Schicksal

Nicht als Werkzeug, als Instrument zur Hervorbringung höchster Kunst, nein, als Kunstwerk selber, besteht und benannt gleich diesem, so erscheinen uns jene unsterblichen Geigen, die den außerordentlichen Händen der Meister von Cremona ihre Entstehung verdanken.

Ein Geheimnis umschwebt den Bau dieser bekannten Geigen, und erst in jüngster Zeit hat man in das Dunkel hineingelichtet, das über dem Leben des berühmtesten Geigenbauers, Giuseppe Guarneri, liegt.

Die Geige, dieser Abkömmling der Barockkunst in Form und Ziel, atmet den Geist aller Barockkunst, den Geist einer ungewöhnlich leidenschaftlichen Energie.

Was letzten Endes das Charakteristische, sie von allen anderen Geigen unterscheidende Merkmal einer solchen Meistergeige ausmacht, entzieht sich der scharfen Formulierung.

Unser Wetterbericht

Veröffentlichung des Observatoriums der Freien Stadt Danzig
Wolkig, vereinzelt Regenschauer, mild

Allgemeine Uebersicht: Das russische Hochdruckgebiet zieht sich nach der unteren Wolga zurück. Ueber Nordeuropa ziehen im Zuge der Golfstromdrift Störungen nordwärts.

Vorhersage für morgen: Wolkig, stetig, vereinzelt Regenschauer, schwache bis mäßige Süd- bis Südwestwinde, mild.

Aussichten für Donnerstag: Keine Änderung. Maximum des letzten Tages: 9,9 Grad. - Minimum der letzten Nacht: 0,9 Grad.

Der Polnische Musikverein in Danzig veranstaltet am Donnerstag, dem 2. April, im „Danziger Hof“ einen geistlichen Musikabend.

30 Jahre in der gleichen Wohnung. Der Schmitz Anton Krüger wohnt mit seiner kinderreichen Familie am 1. April 30 Jahre lang ununterbrochen in dem Hause Englischer Damm 22.

Polizeibericht vom 31. März 1936. Festgenommen: 8 Personen, davon 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Weineids, 1 wegen Schmuggels, 2 wegen Trunkenheit, 1 aus besonderem Anlaß, 1 zur Festnahme aufgegeben.

Wasserstands-nachrichten der Stromweichsel

Table showing water level data for various locations (Thorn, Fordon, Sulm, Graubenz, Rurzebrad) with columns for dates 30.3.31.3. and 30.3.31.3.

